

# FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

in der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Jahresbericht 2006 / Perspektiven 2007





**FRAUEN & GENDER**  
**POLITIK & POLITIK**

in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jahresbericht 2006 / Perspektiven 2007

ISBN: 978-3-89892-679-9

Impressum

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

Verantwortlich: Albrecht Koschützke

Koordination: Katrin Dapp

Redaktion: Renate Faerber-Husemann

Redaktionelle Mitarbeit: Ursula Clauditz, Brigitte Juchems, Gabriele Lutterbeck,  
Gisela Notz, Astrid Ritter-Weil, Christina Schildmann,  
Regine Schoch, Judith Schwethelm, Anne Seyfferth,  
Barbara Stiegler, Anja Wehler-Schöck, Gisela Zierau

Fotos: AdsD, FES, Liebe, Höhne, PhotoAlto

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung: Katja Ulanowski

Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig

Printed in Germany 2007



## Vorwort von Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstreicht durch diesen Jahresbericht die Bedeutung, die sie ihren frauen- und genderpolitischen Projekten und Forschungen im In- und Ausland beimisst. Ursula Mehrländer, lange Jahre Koordinatorin der Stiftungsaktivitäten auf diesem Feld und im letzten Jahr aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden, hat sich durch die Herausgabe der früheren Berichte große Verdienste erworben. Wir setzen diese Tradition fort, um anschaulich und umfassend ein besonders wichtiges Praxisfeld der Stiftungsarbeit zu dokumentieren.

Die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen und der sperrige Begriff des Gender Mainstreaming als Leitprinzip von Organisationen ist keine Frage nurmehr der Frauen- oder Gleichstellungspolitik. Dahinter verbirgt sich die Forderung, die Perspektive der Geschlechter, ihre spezifische Betroffenheit und Sichtweise in allen Entscheidungsprozessen zur Geltung zu bringen, sei es in der Arbeitsmarkt-, der Wirtschafts- oder der Rentenpolitik. Dieses Vorgehen erlaubt es, die Sicht nicht einfach auf die Frauen bzw. auf das weibliche Geschlecht im Sinne von „Frauenpolitik“ als Sektorenpolitik zu richten, sondern auf die Geschlechterverhältnisse, um so einen Beitrag zur wirklichen Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Methode des Gender Mainstreaming als einer modernen

und wichtigen Ausweitung und Ergänzung der frauenpolitischen Arbeit wendet sich daher auch an männliche Entscheidungsträger als Betroffene, Gesprächspartner und Multiplikatoren.

Trotz stark veränderter Lebensentwürfe von Männern und Frauen ist das Streben nach Geschlechtergerechtigkeit in der Praxis freilich immer noch hauptsächlich ein Frauenanliegen. Auch tut sich ein Generationenbruch auf: Mädchen und junge Frauen beklagen zwar häufig schleichende Diskriminierung im Alltag. Dennoch hat bei etlichen von ihnen die Frauenförderung ein Imageproblem, weil sie Frauen in die Nähe von Opfern rückt. Emanzipiert zu sein ist bei der jungen Generation mittlerweile selbstverständlich, so dass die jungen Frauen mitunter wenig Grund sehen, sich zu solidarisieren und für ihre Rechte einzusetzen. Wichtig jedoch ist, dass auch die junge Frauengeneration begreift, dass Engagement nicht peinlich ist und dass durch den „Rückzug ins Private“ bestehende Ungleichgewichte in den Machtstrukturen verfestigt werden.

Die kulturell vorgegebenen Geschlechterrollen von Männern und Frauen sind veränderbar. Die Friedrich-Ebert-Stiftung gestaltet daher entsprechende Bildungs-, Dialog- und Beratungsangebote. Frauenförderung mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in allen

Lebens- und Gesellschaftsbereichen bleibt ein zentrales Anliegen unserer gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit im In- und Ausland. Gleichzeitig wird zunehmend in allen Politikbereichen und Themenfeldern versucht, die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen.

Die hier zusammengestellten Berichte legen ein eindrucksvolles Zeugnis von der Vielfalt dieser Bemühungen ab. In großen thematischen Blöcken wird jeweils eine exemplarische Auswahl der Projekte und Maßnahmen der Stiftung vorgestellt. Diese Themenfelder werfen Schlaglichter auf zentrale Problembereiche, die auch in Zukunft wichtige Herausforderungen für Politik und Gesellschaft darstellen: „Arbeit und Geld“, „Teilhabe und Kompetenz“, „Gewalt und Macht“, „Emanzipation und Tradition“ sind einige dieser Begriffspaare, die den weiterhin großen Handlungsbedarf aufzeigen, um „Geschlechterdemokratie“ zu erreichen.

Die Lektüre der Arbeitsberichte zeigt, dass wir hier durchaus einiges bewegen. Dafür ist allen Beteiligten zu danken. Die Alltagserfahrung und die aktuellen politischen Debatten, die Frauenpolitik und Genderpolitik allzu leichtfertig der Familienpolitik zuschlagen, zeigen andererseits, wie viel weiterhin zu tun bleibt. Das spornt uns an und motiviert uns, auch in Zukunft frauenpolitische und genderpolitische Anliegen zu fördern.

## Inhalt



**Von der Frauenpolitik zur Genderpolitik** 6

### Frauenpolitik und Genderpolitik 2006

**Anspruch und Gestaltung** 10

Gespräch mit Dr. Christine Bergmann

zur Entwicklung der Frauenbewegung 16

**Arbeit und Geld** 18

**Kultur und Rollenbilder** 24

**Teilhabe und Kompetenz** 30

**Gewalt und Macht** 38

Gespräch mit Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

zu Menschenrechten und Friedenssicherung 46

**Emanzipation und Tradition** 48

**Gleichheit und Verschiedenheit** 54

## Frauenpolitik und Genderpolitik in den Arbeitsbereichen der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Büros weltweit** 60

**Politische Bildung** 62

Politische Akademie,  
Gesellschaftspolitische Information,  
Dialog Ostdeutschland

**Internationale Arbeit** 64

Internationale Entwicklungszusammenarbeit,  
Internationaler Dialog

**Wissenschaftliche Arbeit** 66

Historisches Forschungszentrum,  
Wirtschafts- und Sozialpolitik,  
Studienförderung

**Publikationen und Dissertationen** 68

**AnsprechpartnerInnen** 72



## Von der Frauenpolitik zur Genderpolitik



Vielen Frauen und Männern sind Begriffe wie „Gender“ und „Gender Mainstreaming“ immer noch fremd. Doch sie zeigen präzise, wie viel sich geändert hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten – aber auch, wie viel noch zu tun ist. Gender heißt wörtlich übersetzt schlicht Geschlecht. Gender Mainstreaming ist eine Prüf- und Kontrollmethode, mit deren Hilfe die speziellen Bedürfnisse von Männern und Frauen berücksichtigt werden können. Das reicht von politischer Teilhabe über Wirtschaft und Wissenschaft bis zur Familienpolitik. Nach diesem Konzept, das während der Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahre 1995 formuliert wurde, sind alle gesellschaftlichen Akteure für Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen verantwortlich. Vor allem soll dadurch die immer noch bestehende Diskriminierung von Frauen auf allen Ebenen verhindert werden.

Zahlreiche Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf nationaler und internationaler Ebene zeigen, dass dieses Instrument zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit genutzt wird. Es hat Eingang gefunden in die Politik der Länder des Südens und des Nordens, es ist auf allen Ebenen der EU-Gesetzgebung und der EU-Praxis verankert. Vieles hat sich verändert: in den Köpfen, aber auch bei Verträgen und Gesetzen.

Und doch fordern viele Frauen heute eine neue Frauenbewegung, werden ungeduldig und klagen Fortschritte ein. Sie sehen, dass sie nach wie vor ausgebremst werden, dass traditionelle Strukturen sich hartnäckig halten: Frauen verdienen weniger als Männer, sie sind in Schlüsselpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Männermehrheiten entscheiden



Ingrid Matthäus-Maier, Vorsitzende des Kuratoriums der FES

nicht nur über Krieg und Frieden, sondern über Aufstiegschancen, über den Einsatz von öffentlichen Geldern, über Verkehrsplanung oder Ganztagschulen. Auch im privaten Leben hat sich wenig verändert: Entscheidet ein Paar sich für Kinder, dann steckt die bestens ausgebildete Frau zurück, denn er verdient mehr Geld als sie. Also macht er Karriere und sie den Spagat zwischen Erwerbsarbeit, Haushaltsmanagement und Kindern. Den Karrieremann, der mit Hinweis auf seine Familienpflichten eine Konferenz um 18 Uhr oder eine Dienstreise ablehnt, gibt es so selten wie einen weißen Raben. Verzicht leistet eher die Einser-Juristin oder die begabte junge Wissenschaftlerin – mit all den bekannten Folgen.

Dennoch: Der Blick zurück zeigt, dass viele Forderungen der kämpferischen frühen Frauenbewegung heute erfüllt sind. Und dass eine Methode wie Gender Mainstreaming dafür sorgt, dass die Gleichstellung beider Geschlechter weiter voran getrieben wird. Allerdings gilt immer noch, was auch Christine Bergmann im bilanzierenden Interview sagt: Die alten Rollenbilder wirken fort und üben Druck aus auf die Frauen. „Nicht nachlassen, weiter kämpfen“, mahnt die erste Frauenministerin der rot-grünen Koalition deshalb und fordert ein neues Bewusstsein für die immer noch vorhandenen Benachteiligungen. Mehr dazu unter **Anspruch und Gestaltung ab S. 10**

Früher ließen Frauen in öffentlichen Ämtern sich in die sogenannten weichen Themen abdrängen – wozu sonderbarerweise alles gehörte, was das Leben der Menschen betrifft – während die Männer über das Geld entschieden. Doch die Tagungen, Seminare, Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen hier erfreuliche Entwicklungen – es gibt fast einen Quantensprung. In Seminaren üben Frauen sich in Gender Budgeting, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zeigt auf, wie geschlechtergerechte Finanzpolitik funktionieren könnte. Die Folge ist, dass Themen wie Lohn- und Rentenpolitik, Arbeits- und Finanzpolitik heute von Frauen vielfach anders, nämlich offensiv statt defensiv, diskutiert werden. Mehr zu **Arbeit und Geld ab S. 18**

Doch immer wieder zeigt sich, wie viel Überzeugungsarbeit noch zu leisten ist, wie sehr die Kultur eines Landes auch heute noch die Rollenbilder beeinflusst. Medien, so die Erfahrung von China bis zu patriarchalischen Gesellschaften wie Afghanistan oder Pakistan, spielen hier eine entscheidende Rolle. Sie können aufklären, bilden, den Frauen den Rücken stärken – oder eben auch alte Rollenbilder zementieren. Die FES leistet hier wichtige Beiträge, bricht alte Klischees auf, wird zum Bezugspunkt für Frauen. Leider gibt es daneben deprimierende Erfahrungen, die auch zum Thema Kultur und Rollenbilder gehören. Ausgerechnet im aufgeklärten demokratischen Deutsch-



Dr. Christine Bergmann, Mitglied des Vorstands der FES

land musste sich das Landesbüro in Thüringen mit dem frustrierenden und unterschätzten Thema Frauen in der rechtsextremen Szene befassen. Es ist nur schwer zu verstehen, was junge Mädchen und Frauen dorthin zieht, denn was sie in diesem Umfeld erleben, lässt sich nur mit dem Begriff Selbsterniedrigung beschreiben. Zu **Kultur und Rollenbilder ab S. 24**

Was hilft? Immer wieder Aufklärung, Einüben von demokratischen Spielregeln, gezielte Frauenförderung. Dazu gehören Seminare und Trainings, die zeigen, wie mühsam diese Graswurzelarbeit ist. Wer sich auf die Berichte einlässt, kann lernen, wie mutig und fordernd Frauen aus den Ländern des Südens sind. So scheint in Afrika bei vielen Frauen ein unbändiger Wille zu herrschen, eingefahrene Wege zu verlassen. Und es beteiligen sich mitunter auch Männer, wie etwa das von der FES mitarbeitete Women's Manifesto in Kenia zeigt, ein Rahmenwerk für das politische Engagement von Frauen. Mehr dazu unter dem Titel **Teilhabe und Kompetenz ab S. 30**

Gewalt gegen Frauen hat viel mit Politik zu tun. Herta Däubler-Gmelin, die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, berichtet in einem Interview von ihrer internationalen Arbeit gegen Unterdrückung, wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen. Frauen aus vielen Kulturen und Ländern brauchen die Solidarität einer starken Frauenbewegung. Das gilt vor allem im Zusammenhang mit Gewalt und Macht. Für die Zwangsprostituierten, die zum Beispiel zu Großveranstaltungen wie der Fußballweltmeisterschaft nach Deutschland gekarrt werden. Für jene Mädchen und Frauen aus dem Migrantenumfeld, die häusliche Gewalt erdulden und denen durchaus zu helfen wäre: beispielsweise durch einen eigenen Aufenthaltstitel bei einer Scheidung. Mehr, auch zu dem Engagement von Frauen in der Peacebuilding Commission, unter **Gewalt und Macht ab S. 38**



Die Zukunft von Frauen mit Migrationshintergrund wird die Friedrich-Ebert-Stiftung in den kommenden Jahren weiterhin beschäftigen. Zwischen Emanzipation und Tradition suchen sich z. B. viele Musliminnen ihren Weg. Sie machen Karrieren, sind verärgert über das öffentliche (Medien-)Bild, das sie vor allem als Opfer und unterdrückte Kopftuchträgerinnen sieht. Das ist relativ neu, und vieles spricht dafür, dass unser Blick auf die MigrantInnen, die sich selbst und damit auch die Gesellschaft verändern, bald ein anderer sein wird. Mehr zu **Emanzipation und Tradition ab S. 48**

Ist das Glas also für Frauen aus Deutschland, Europa und der Welt halb voll oder halb leer? Wie viel sich verändert und wie aufregend diese Veränderungen sind, zeigt sich vor allem bei Veranstaltungen, in denen es um das Miteinander von Frauen und Männern geht. Männer stellen ihre Rolle in Frage, diskutieren mit großer Offenheit Genderfragen aus ihrer Sicht. Zur Sprache kommen Themen, die von der Politik noch vernachlässigt werden. Beispielsweise die Tatsache, dass wir wahrscheinlich nach der Jahrzehnte langen und inzwischen überaus erfolgreichen Förderung von Mädchen in den Schulen eine gezielte Förderung der Jungen brauchen, die antriebsschwächer, weniger ehrgeizig zu sein scheinen. Manche ReferentInnen waren sogar der Meinung, es habe das Jahrhundert der (lebenstüchtigeren) Frauen begonnen. Muss also Genderpolitik in Zukunft mehr darauf schauen, dass nicht in einer wenig wünschenswerten schlichten Rollenumkehr die männlichen Jugendlichen unter die Räder kommen? Diese – zumindest außerhalb von Männergruppen – relativ neuen Diskussionen sind zusammengefasst unter **Gleichheit und Verschiedenheit ab S. 54**



Was bringt die Zukunft? Welche Diskussionen greift die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 2007 auf? Bei den vorgestellten Themen wird weiter an den momentanen Stand der Diskussionen angeknüpft. Die Rollenbilder in Gesellschaften, Wirtschaft, Religionen und Familien gilt es auch weiterhin in Frage zu stellen, um auf eine echte Gleichstellung hin zu wirken. Frauenförderung muss insbesondere in Ländern weiter betrieben werden, in denen über Jahrzehnte hinweg Mädchen und Frauen aus allen gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen wurden. Um hier in Zukunft Gerechtigkeit zu schaffen, ist Aufholarbeit unerlässlich. Frauen in politische Entscheidungen, in Parlamente einzubinden ist dabei ebenso wichtig, wie sie aus Randbezirken des Staates wieder herauszuholen. Deshalb wird sich die FES auch im kommenden Jahr verstärkt der Arbeit mit MigrantInnen widmen, aber auch – ganz neu – z.B. die Arbeit mit straffällig gewordenen Frauen untersuchen. Im Internet sind aktuelle Veranstaltungen und Veröffentlichungen im Bereich der Frauen- und Genderpolitik leicht zu finden unter [www.fes.de](http://www.fes.de).



## Anspruch und Gestaltung



Die Vorstellungen, die wir von „männlich“ und „weiblich“, Frau und Mann haben, reichen oft zurück in Zeiten von Krieg, bürgerlicher Spießigkeit, adeligem Müßiggang, kurz: bis Adam und Eva. Nur wer die eigene Vergangenheit kennt, kann die Erfolge und die Misserfolge der Gegenwart richtig einordnen. Die erfolgreiche Gestaltung der Gegenwart setzt dieses Verständnis für die Vergangenheit voraus. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung heißt das: Historische Forschung, Förderung von Frauen, Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte. Von der Einführung des Frauenwahlrechts in Europa bis zu Gender Mainstreaming.

Im Jahr 2006 wurde die Vergangenheit der Frauenbewegung vielfach beschworen. Auf Veranstaltungen der FES in Europa wurden Erfolge und immer noch bestehende Leerstellen bilanziert. Fast zehn Jahre ist Gender Mainstreaming für die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtend; erste Rückblicke sind möglich und notwendig. Das Jahr 2007, Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle, verspricht Ähnliches. Bilder, Flugblätter und Plakate aus dem Archiv der sozialen Demokratie der FES illustrieren in diesem Bericht immer wieder die aktuellen Themen. Und halten so die Erinnerungen fest, die in der täglichen frauen- und genderpolitischen Arbeit der Stiftung weiterhin eine große Rolle spielen.



Demonstration zum Internationalen Frauentag in Berlin, 1911

**BERLIN/BULGARIEN****Die ersten weiblichen Abgeordneten gab es in Finnland**

100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa! Ausgerechnet in Finnland, am Rande Europas, erkämpfte die Arbeiterbewegung – inspiriert durch die Schriften Clara Zetkins – das Frauenwahlrecht. Das Forum Politik und Gesellschaft zog zum Frauentag 2006 auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Finnland-Institut und der Humboldt-Universität in Berlin Bilanz. Auch nach 100 Jahren, so die Wissenschaftlerinnen aus Finnland, klaffe eine Lücke zwischen der gesetzlich verankerten Gleichstellung der Geschlechter und ihrer tatsächlichen Situation, vor allem beim Lohn. Positiv zu bemerken sei allerdings die hohe Beteiligung finnischer Frauen in der Politik. In Deutschland hatten sich in den Jahrzehnten der Teilung ganz unterschiedliche

Lebensmodelle für Frauen entwickelt: In der DDR stand die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt ganz oben auf der Agenda, in der Bundesrepublik dagegen unterstützten die sozialpolitischen Maßnahmen lange Zeit das Alleinernährermodell. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressel, bedauerte, dass es heute an Solidarität zwischen den Frauen und Engagement für die Gleichstellung fehle.

In Bulgarien beispielsweise beschäftigte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls mit dem langen Kampf der Frauen für ihre Rechte. Dort wurde die bulgarische Geschichte mit der globalen Entwicklung hin zur Gleichberechtigung vermittelt. Auf einem Seminar sprach der ehe-



Clara Zetkin, Lore Agnes, Mathilde Wurm, 1920

malige Vertreter Bulgariens bei der UNO und stellvertretende Außenminister Ivan Garlov über seine Erinnerungen an die Debatten in der UNO, die heiß ausgefochten wurden, wenn es um die Gleichberechtigung der Frauen ging.

**BONN****Ausstellung „Mit Macht zur Wahl“**

*Mit Macht zur Wahl* ist der Titel einer Ausstellung im Bonner Frauenmuseum zu 100 Jahren Frauenwahlrecht in Europa. Historische Texte und Bilder mit künstlerischen Darstellungen und Installationen ergänzen sich in einzigartiger Weise. Die Frauenporträts und die Texte, die Dr. Gisela Notz vom Historischen Forschungszentrum der FES in der Ausstellung und im Katalog vorstellt, betreffen vor allem die Wahlkämpfe

der Sozialistischen Frauenbewegung in Deutschland. Diese entschieden sich klar gegen ein „Damenwahlrecht“, das die bürgerliche Frauenbewegung favorisierte. Clara Zetkin (1857–1933) wies immer wieder darauf hin, dass die Unterdrückung der Frauen als Teil des Klassenproblems zu sehen sei. Auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart wurde dann eine einheitliche Richtung beschlossen, 1910 in

Kopenhagen der Internationale Frauentag und ein Jahr später erschall der Ruf „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ auf einer mächtigen Kundgebung. Es war ein langer und schwieriger Kampf, bis nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie ab Januar 1919 Frauen in Deutschland wählen und gewählt werden durften. An diesen Weg erinnert die vielbeachtete Ausstellung in Bonn.

FREITAG (23. Juni 2006):

So viel Anfang war nie! Das zumindest war der Eindruck, der sich am Wochenende einstellte, als sich die mittlerweile in die Jahre gekommenen Courage-Frauen anlässlich des 30-jährigen Jubiläums zu einem „Klassentreffen“ versammelten. Während die Republik im nationalsportlichen Wir-Wahn taumelte, spürten die einstmals autonomen Macherinnen und Sympathisantinnen ausge-rechnet in der Friedrich-Ebert-Stiftung einem ganz anderen Wir nach, aufgeblitzt in einem flüchtigen Moment, Funken sprühend, selbstverliebt, omnipotent und bereit, die Welt aus den Angeln zu heben.

## IM INTERNET

### Historische Dokumente zu den Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen von 1907–1915

Der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ist rechtzeitig zum 100. Jahrestag der Sozialistischen Fraueninter-nationale 2007 der Abschluss eines neuen Projekts gelungen: die Digitalisierung historischer Quellen zur

Entwicklung der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen. Diese Internetpräsentation ist eine Fundgrube für Wissenschaft und interessierte Laien. Die Edition umfasst insgesamt 70 Dokumente der einzelnen Konferenzen, dazu Berichte aus den Zeitungen Vorwärts, Berner Tagwacht und Gleichheit. In jahrelanger Recherche wurden diese Dokumente zusammengetragen, die in gedruckter Form über zahlreiche Archive und Bibliotheken verstreut und so kaum einsehbar sind. Bisher liegen wohl auch deshalb kaum Forschungen zur Internationale der sozialistischen Frauen vor, die Zusammenstellung und Einsicht über das Internet gibt hier neue Anstöße.

<http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>



## BONN

### Der Frauenkalender 2007 – Wegbereiterinnen V

Ein weiteres Stück Geschichte arbeiten die dauerhaft erfolgreichen Kalender über Wegbereiterinnen der Sozialdemokratischen/Sozialistischen Frauenbewegung auf, die durch das Historische Forschungszentrum von Dr. Gisela Notz herausgegeben werden. In „Wegbereiterinnen V“ für das Jahr 2007 sind neben Politikerinnen nun auch Schriftstellerinnen und Künstlerinnen aus verschiedenen

Regionen der Welt vertreten (ISSN 1610-3394 oder [www.pellens.de](http://www.pellens.de)). Es ist eine bunte Mischung biogra-fischer Skizzen von der Suffragette bis zur Kinderbuchautorin, von der Kämpferin für das Frauenwahlrecht bis zur Tänzerin und zur Schreiberin von Sozialromanen entstanden. Für 2008 wird bereits die Fortsetzung geplant.

## BONN

### „Courage“ und die Frauenbewegung

30 Jahre nach Gründung der legendären linksfeministischen Zeitschrift *Courage* trafen sich einstige Mitarbeiterinnen in Bonn und diskutierten lebhaft mit einem sehr engagierten Plenum. Die Ansprüche an sich selbst waren damals hoch, erinnerten sich die Journalistinnen: Frauen sollten ermutigt werden, politische Verantwortung zu übernehmen. Institutionen wie Parlamente, Gerichte, Kirchen wollte man bei frauenfeindlichen Haltungen radikaler Kritik unterziehen. Bis zum Konkurs des zunächst euphorischen später zerstrittenen Kollektivs bestimmte *Courage* die frauenpolitischen Debatten entscheidend mit. Die Bibliothek der FES ist dabei, die gesamten Hefte der *Courage*, die die Hoch-Zeit der bundesrepublikanischen Frauenbewegung spiegelt, zu digitalisieren. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für ForscherInnen, aber auch alle anderen, die sich heute mit dieser Epoche der Frauenbewegung ernsthaft beschäftigen wollen.

## LEKTÜRETIPP

Gisela Notz

„Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub. Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957–1969“  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2007

**WÜRZBURG****Frauen und Männer –  
1968 bis heute**

Bei diesem Seminar in der Akademie Frankenwarte in Würzburg ging es um die Frauenbewegung von 1968 und ihre Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse in Beruf, Familie und Politik. Neben historischen und aktuellen Analysen über die Bundesrepublik vor der „Wende“, die DDR und die spezifischen Auswirkungen auf Männer wurde mit theaterpädagogischen Methoden gearbeitet. Diese Form hat sich bewährt, denn durch das eigene Spiel bleiben Daten und Fakten eher im Gedächtnis haften.

**ENGADIN****Auf 1.800 Metern Höhe**

Power-Point-Präsentationen, spielerische Methoden und Filme ergänzten Vorträge auf 1800 Metern Höhe im schönen Engadin unter dem Titel „Frauengeschichte(n)“. Die Seminarreihe über Künstlerinnen und Politikerinnen wird 2007 fortgesetzt unter dem Titel: „Warum flog die Tomate?“. Es geht dann um die Frauenbewegungen der 1970er Jahre, ihre Risiken und Nebenwirkungen und ihre Folgen bis heute.



Ute Brutzki (ver.di), Jutta Wagner (Deutscher Juristinnenbund), Dr. Alice Karrer-Brunner (Mediatorin), Dr. Barbara Stiegler, MdB Christel Humme, Clemens Volkwein (BDI)

**WAS IST GENDER MAINSTREAMING?**

Auf europäischer Ebene wurde das Prinzip Gender Mainstreaming 1997 im Amsterdamer Vertrag verankert. Damit wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Chancengleichheit der Geschlechter als Ziel in allen Politikbereichen zu verfolgen. Gender Mainstreaming betrifft alle Entscheidungsbereiche von Organisationen und wandelt sie um. Geschlechterfragen werden zum integralen Bestandteil des Denkens, Entscheidens und Handelns aller Beteiligten. Wichtig am Gender Mainstreaming ist, dass es um beide Geschlechter und die Verhältnisse zwischen ihnen geht. Damit wird klar: Auch Männer haben ein Geschlecht und bilden

nicht die allgemein menschliche Norm, von der die Frauen abweichen. Grundsätzlich werden diese Geschlechterverhältnisse als veränderbar angesehen. Biologische Unterschiede können deshalb nicht mehr als Rechtfertigung für soziale, gesellschaftliche Unterschiede akzeptiert werden. Soziale und kulturelle Geschlechterrollen sind historisch gewachsen und politisch gestaltbar. Rahmenbedingungen, welche die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern verfestigen, stehen deshalb im Focus der kritischen Untersuchung von Organisationsstrukturen.

**BUNDESWEIT**

**Aktuelle Debatte um Gender Mainstreaming**

Mit der Debatte um das allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) änderte sich der Diskurs um geschlechterpolitische Strategien. Plötzlich schien es, als erschöpfe sich Geschlechterpolitik nun mit der Durchsetzung des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes. Die anspruchsvolle und weitreichende Strategie des Gender Mainstreaming trat sowohl in den Diskussionen als auch in der Realität immer mehr in den Hintergrund. Und auch der von vielen Organisationen geführte Dialog um die Strategie des Management Diversity führte oft zu dem Ergebnis, Management Diversi-



ty sei erfolgreicher als Gender Mainstreaming, da es sich dabei um eine Strategie handelt, die nicht nur ein Diskriminierungsmerkmal betrifft.

Zur Klärung des Stellenwertes und der Reichweite der verschiedenen Strategien bedarf es sowohl einer geschlechtertheoretischen Verortung als auch Zielsetzung. Als geschlechterpolitische Zielsetzungen bieten sich an:

- der gleiche Zugang von Männern und Frauen zu allen gesellschaftlichen Ressourcen, insbesondere zu Geld, Macht und Zeit sowie Arbeit,
- die Verflüssigung der Geschlechtergrenzen,
- die Veränderung von Strukturen und Mechanismen, die die herrschenden Geschlechterverhältnisse stabilisieren.

In vielen Debatten geht es immer noch darum, die eine Strategie gegen die andere auszuspielen oder sich zu Lasten der einen bzw. der an-



deren zu entscheiden. Mit zahlreichen Vorträgen und Beratungsgesprächen in Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und in Gewerkschaften wurde diese Debatte von der FES vorangebracht.

Von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde vor diesem Hintergrund auch eine Stellungnahme zum Entwurf des hessischen Gleichstellungsgesetzes erarbeitet und in einem Hearing des sozialpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages vorgetragen.

**POLEN**

**Frauen unter einer „gläsernen Decke“**

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2006 in Polen hatte sich wieder einmal bestätigt, dass eine „gläserne Decke“ die Frauen am Aufstieg hindert. Je höher die Stufe des Selbstverwaltungsorgans, desto weniger Frauen gab es unter den KandidatInnen, lautet das deprimierende Fazit. Bei den Wahlen zu Gemeindevorstand,

Bürgermeister- und Oberbürgermeisteramt wurden nur 7% Frauen gewählt. Dem Ziel, Frauen zu politischem Engagement zu ermutigen – und ihnen die erforderlichen Fähigkeiten beizubringen –, dient deshalb ein Bildungsprojekt unter dem Titel *Wir wählen eine Kommunalverwaltung* der FES Warschau zusammen mit

der NGO Räume des Dialogs. Gender Mainstreaming ist dabei der rote Faden, der auf Treffen und dauerhaft in einem Internetforum vermittelt wird. Eine Fortsetzung findet das Projekt 2007 mit einer Schulungsreihe zum Thema *Wir arbeiten mit der Kommunalverwaltung zusammen*.

**BONN****EU-Förderung hilft weiter**

Wie setzt man das Gender Mainstreaming-Prinzip in der Gesellschaft, den Verwaltungen, der Politik um? Das war die Frage, die facettenreich während einer Tagung mit dem Titel „5 Jahre Gender Mainstreaming in Nordrhein-Westfalen – Eine Zwischenbilanz“ diskutiert wurde. In sechs gut besuchten Foren wurden die bisherigen Ergebnisse vertiefend diskutiert und Perspektiven für die Weiterarbeit entwickelt. Eingeladen waren EntscheidungsträgerInnen aus Verwaltungen, Gleichstellungsbeauftragte aus Unternehmen, PolitikerInnen und andere an diesem Thema interessierte Gäste. Bei den Diskussionen im Haus der FES in Bonn herrschte Einigkeit darüber, dass man die neue EU-Förderphase von 2007 bis 2013 nutzen muss. Denn angesichts der Sparpolitik in NRW muss stärkeres Gewicht auf die EU-Förderung gelegt werden, um nicht bereits Erreichtes wieder zu gefährden.

Das waren die Themen der einzelnen Foren:

Mit der Genderperspektive Weiterbildung gestalten. Gender und Diversity: Zwischen Antidiskriminierung und Wirtschaftlichkeit. Geschlechtsgerechte Kinder- und Jugendhilfe: Gender Mainstreaming in der Praxis. Quo vadis Gender Mainstreaming in den europäischen Strukturfonds? Gesundheit hat (k)ein Geschlecht. Gender Budgeting: erste Schritte in den Verwaltungen.

**BERLIN****Gleiche Mobilitätschancen für alle!**

Staatssekretärin Maria Krautzberger

Was haben öffentlicher Nahverkehr, Genderpolitik und Wirtschaft miteinander zu tun? Praktisch alles, so wurde während einer Fachtagung des Forums Politik und Gesellschaft in Berlin herausgearbeitet. Gender Mainstreaming verlangt, dass bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen die spezifischen Situationen von Frauen und Männern differenziert zu beachten sind. Das gilt ganz besonders für den öffentlichen Nahverkehr. Hier gehen die Bedürfnisse von Frauen und Männern weit auseinander. Viele Männer haben vor allem ein Interesse: Sie wollen zu Verkehrsspitzenzeiten möglichst rasch an ihren Arbeitsplatz gelangen. Frauen müssen zusätzlich zur Erwerbsarbeit Kinderbringdienste und Einkäufe koordinieren. Sie brauchen also ein gutes öffentliches Angebot auch außerhalb der klassischen Pendlerzeiten. Daran aber hapert es immer noch, obwohl Frauen Haupt-

nutzerinnen des öffentlichen Nahverkehrs sind. Während der Tagung zeigte sich, dass die Berücksichtigung von Genderperspektiven die Augen geöffnet hat für eine andere Verkehrspolitik. Dazu gehören viele Details von einer „Stadt der kurzen Wege“ über eine Entschleunigung des Verkehrs insgesamt bis zu Innenstadtentwicklungen. Der demografische Wandel sei für die Zukunft nicht zu unterschätzen, betonte zudem Christian Gaebler, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in Berlin.



Christian Gaebler, MdB Berlin

**LEKTÜRETIPP**

Nachlesen lässt sich das in einer FES Broschüre des Forums Politik und Gesellschaft mit dem Titel:

„Gleiche Mobilitätschancen für alle! – Gender Mainstreaming im Öffentlichen Personennahverkehr“

ISBN 3-89892-515-3, <http://library.fes.de/pdf-files/do/03861.pdf>



## Gespräch mit Dr. Christine Bergmann

Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung

*100 Jahre Frauenwahlrecht – in Deutschland erst 88 Jahre: Wären die Kämpferinnen von einst zufrieden mit uns?*

Sicher würden sie die Erfolge mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen: die rechtliche Gleichstellung, die Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung, den Zugang zur Bildung, die erfolgreichen Bildungsabschlüsse von Frauen, den Zugang zur Erwerbsarbeit und nicht zuletzt die politischen Ämter. Aber sie würden wohl auch sagen: Im Zustand der ganzen Demokratie sind wir noch lange nicht, nicht nachlassen, weiter kämpfen!

*Was macht ein Frauenleben heute immer noch schwerer als das der Männer?*

Die alten Rollenbilder wirken fort, sie verändern sich sehr langsam. Die Verantwortung für Familienarbeit, für Kindererziehung und Pflege ist eben nach wie vor überwiegend Sache der Frauen. Es fehlen in den alten Bundesländern Einrichtungen, die Müttern Erwerbsarbeit ermöglichen. Und die gegenwärtigen Diskussionen zeigen, wie sehr konservative Rollenbilder noch in der Gesellschaft Druck auf Frauen ausüben.

*Für viele junge Frauen ist Feminismus so vorgestrig wie die 68er Bewegung. Droht dadurch verloren zu gehen, was so schwer erkämpft wurde?*

Die jungen Frauen sind in der Regel motiviert, tüchtig, selbstbewusst – alles wunderbar. Aber sie merken oft zu spät, wie hoch die Hürden sind, wenn es um berufliche Karrieren insbesondere mit Familie geht. Ich halte es schon für gefährlich, wenn die Sensibilität für die nach wie vor vorhandenen Benachteiligungen von Frauen nicht vorhanden ist. Frauen ist auf ihrem Weg nichts geschenkt worden und gewonnenes Terrain geht schnell verloren. Denken wir nur daran, wie viele gut qualifizierte Frauen in den letzten Jahren in den Arbeitsmarkt gegangen sind und wie wenige von ihnen wir in Führungspositionen finden.

*Brauchen wir einen neuen Feminismus – und wenn ja, was für einen?*

Wir brauchen ein neues Bewusstsein für die vorhandenen Benachteiligungen. Ob das nun ein neuer Feminismus sein muss – es darf auch der alte sein. Aber wir müssen uns schon dazu bekennen. Männer sind herzlich eingeladen.

*Sind die Männer sensibler geworden? Lassen sich mit ihnen neue Allianzen für Fortschritte schmieden?*

Jedenfalls einige sind sensibler geworden. Sie haben gut ausgebildete Ehefrauen und Töchter, die ihnen klar machen, dass die alten Rollenbilder nicht mehr die ihren sind. Verbal funktioniert das häufig schon

ganz gut. Allerdings sind die wenigsten bereit, ihre Rolle in Frage zu stellen und daraus Konsequenzen zu ziehen, also sich zum Beispiel in gleicher Weise an der Familienarbeit zu beteiligen.

*Für Frauen aus Ostdeutschland war vieles selbstverständlich, was im Westen nur gegen Widerstände durchgesetzt wurde: Das selbstverständliche Recht auf Berufstätigkeit, die Betreuung der Kinder. Wenn Sie zurückdenken an Ihre Anfänge: War manches für Sie einfacher?*

Ja. Vor allem gab es nicht den Rechtfertigungsdruck als erwerbstätige Mutter. Rabenmütter sind eine westdeutsche Spezialität. Und die Infrastruktur war vorhanden, jedenfalls in den späteren Jahren.

*Sie waren die erste Frauenministerin der rot-grünen Koalition. Hatten Sie es schwer im Kabinett?*

Frauenministerinnen werden selten auf Händen getragen. Gleichstellungspolitik wurde sicher nicht von allen als wichtigste politische Aufgabe angesehen. Aber es gab doch wichtige Themen, die von allen unterstützt wurden. Ich denke zum Beispiel an den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt. Ausgesprochen schwierig wurde es, wenn die Unternehmen in die Pflicht genommen werden sollten, obwohl ich mehr denn je davon überzeugt bin, dass ein Gleichstellungsgesetz für die Privat-

wirtschaft auch für die einzelnen Unternehmen ein Erfolg wäre.

*Die Sozialistinnen von einst haben stets die internationale Solidarität unter Frauen betont. Wie steht es da heute in den Zeiten der Globalisierung? Sind die Billiglöhnerinnen nur Konkurrenz oder bewegt ihr Schicksal?*

Frauensolidarität, insbesondere internationale Frauensolidarität ist nach wie vor sehr wichtig, zum Beispiel bei der Bekämpfung aller Formen von Gewalt. Das gilt auch für die Existenzsicherung von Frauen. Billiglöhnerinnen haben wir auch bei uns. Das Thema gesetzliche Mindestlöhne ist ein Frauenthema. Frauen sind in besonderer Weise von Niedriglöhnen und Armutslöhnen betroffen. Gesetzliche Mindestlöhne halte ich für unser Land für längst an der Tagesordnung. Armutsbekämpfung weltweit ist ein Dauerthema. Das gilt sowohl für die politische Agenda als auch bei den vielen einzelnen kleinen Hilfsprojekten von Frauen.

*Wenn Sie an unterdrückte Migrantinnen in Deutschland denken, was würden Sie gerne tun, wenn Sie die Macht dazu hätten?*

In meinen Augen ist das wichtigste die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Das ist die Voraussetzung, sich auch aus unwürdigen patriarchalen Verhältnissen zu be-

freien. Also Bildung, Ausbildung, Möglichkeit der Erwerbsarbeit.

*Ein Heer von illegalen oder ohne soziale Absicherung arbeitenden Frauen putzt unsere Wohnungen, betreut unsere Kinder, ermöglicht den Frauen aus den reichen Ländern eigene Berufstätigkeit. Würden Sie das Ausbeutung von Frauen durch Frauen nennen?*

Ich halte es nicht für unzumutbar, wenn Frauen für andere Frauen Arbeitsplätze schaffen, ihnen damit ein eigenes Einkommen ermöglichen. Ich kann auch nicht verstehen, warum die Arbeit im Haushalt weniger wert sein soll als eine beliebige andere. Allerdings müssen wir dahin kommen, dass diese Arbeit auf legaler abgesicherter Basis mit Krankenversicherung und Rentenansprüchen passiert, auch wenn dies nicht die Ansicht aller Frauen ist, die diese Arbeit machen.

*Frauen- und Genderpolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts: Die Gesetze sind da. Doch wie steht es mit der Umsetzung in Kommunen, Ländern und in der Privatwirtschaft?*

Wir haben erhebliche Umsetzungsdefizite auf allen Ebenen, in allen Bereichen. Das betrifft den Anteil von Frauen in Führungspositionen, hier insbesondere in der Wirtschaft. Aber es betrifft auch die Infrastruktur, etwa gute, bedarfsgerechte Kinderbetreuungseinrichtungen mit fle-

xiblen Öffnungszeiten, Ganztagschulen. Und immer wieder betrifft es die Rollenmuster: Auch Väter sind für Kindererziehung zuständig.

*Was steht auf Ihrer Prioritätenliste? Wo hat die Politik noch Hausaufgaben zu machen?*

Das Thema gesetzlicher Mindestlohn habe ich schon angesprochen. Die Kluft zwischen dem Erwerbseinkommen von Frauen und Männern ist groß und die Schere geht weiter auseinander. Hier ist die Politik gefragt. Da geht es auch um die Aufwertung klassischer Frauenberufe im sozialen Bereich, in der Erziehung und in der Pflege. Da ist reichlich zu tun.

*Und wo müssen die Frauen aktiver werden? Schließlich erziehen sie die Söhne, die Männer von morgen?*

Vor den Söhnen erziehen sie ihre Partner. Frauen müssen auch in einer Beziehung ihre Rechte einfordern, also das Recht auf Erwerbsarbeit. Väter haben das Recht auf Elternzeit, aber sie müssen auch Gebrauch davon machen. Erziehung ist Vorbild. Eltern, die selbstverständlich erwerbstätig sind und sich die Erziehungsarbeit teilen, brauchen nicht mehr viel zu reden.

## Arbeit und Geld

Im privaten Bereich entscheiden Frauen über 80% der im Haushalt vorhandenen Geldmittel. Im öffentlichen Bereich und in der Politik aber galt bis zum Beginn der Gender-Diskussionen Geld sonderbarerweise überwiegend als Männersache, die Mitgliedschaft in Haushalts- und Finanzausschüssen ebenso. Auch wenn es um den Kampf um ihre ureigene Sache geht, nämlich um die Höhe von Lohn und Gehalt, scheinen die Frauen immer noch zurückhaltend zu sein. Anders sind die – weltweit – schlechteren Verdienste bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit kaum zu erklären.

Was hilft? Informationen, Netzwerke, Bereitschaft, sich zu organisieren und zu solidarisieren. Regelmäßig befasst sich die FES mit Fragen wie *Macht Welt-handel die Frauen arm?* oder *Frauenetzwerke: Der Weg in die Führungspositionen von Wirtschaft und Politik?!*, z. B. in der Georg-von-Vollmar-Akademie. Das Bayernforum lädt immer wieder zu einem Unternehmerinnen-Roundtable ein. Bekannte Frauen aus Wirtschaft und Politik werden zu ihrem individuellen Erfolgsweg befragt: Was hemmt, was fördert und welchen Rat gibt es für junge Frauen, die am Beginn ihrer Karriere stehen? Es werden beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern Seminare angeboten, in denen die freie Rede geübt wird, um Frauen in Beruf, Politik und Ehrenamt selbstbewusster zu machen. Ebenso werden, wie in Schwerin, Strategien gegen Mobbing diskutiert.

Die politischen Bildungsabteilungen der FES bieten nicht nur in Berlin und Bonn, sondern flächendeckend in Deutschland Seminare an z.B. *Qualifizierungschancen für Frauen* oder *Engagementformen für Frauen ab 50 in sozialen Netzwerken*. Die FES informiert in Veranstaltungen über wichtige Richtlinien der EU und kehrt ausdauernd vor der eigenen deutschen Türe, wenn es um nicht eingelöste Zusagen zur Genderpolitik geht. Und selbstverständlich wird regelmäßig über den eigenen Tellerrand geschaut, wird informiert über die Arbeitssituation von Frauen in allen Erdteilen und die Strategien, die helfen sollen, Frauenleben in Afrika, in Asien, aber auch in Europa leichter zu machen.





Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, Stellv. Vorsitzender der SPD:

Ich will deshalb deutlich sagen: Ich bin auf diesem Feld (Gender Budgeting, Anm. Red.) nicht an Symbolpolitik interessiert. Symbolpolitik hieße, sich darauf zu kaprizieren: Wie kriege ich einen gegenderten Haushaltsprozess hin? Sondern ich bin für tatsächliche Verbesserungen, auch im Bereich von Maßnahmen wie zum Beispiel dem Elterngeld und anderen Bereichen, die einen geschlechtsspezifischen Charakter haben. Ich bin für stärkere Effizienzkontrolle des eingesetzten Geldes im Sinne einer höheren Erwerbsquote und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland, aus Überzeugung, nicht aufgesetzt.

## BERLIN

### Gender Budgeting = verantwortungsvolle Politik

Auch unter männlichen Spitzenpolitikern ist längst nicht mehr umstritten, dass Gesetze und Finanzpolitik daraufhin abgeklopft werden müssen, ob sie die Geschlechtergerechtigkeit fördern oder eher behindern. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück selbst eröffnete eine Veranstaltung in der FES Berlin zum Thema Gender Budgeting und demonstrierte damit, welchen Stellenwert dieses Thema für ihn hat. Er machte allerdings klar, dass auch für besonders wünschenswerte Aufgaben kein zusätzliches Geld zur Verfügung stehen kann, da beispielsweise 70% des Haushalts durch Zinsausgaben, Personalkosten und Sozialausgaben festgelegt sind. Die wichtigsten Zukunftsausgaben sieht Peer Steinbrück bei Bildung, Forschung und Entwicklung, bei Infrastruktur jeder Art, Betreuungsangeboten, Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Zusammenfassend sagte der Bundesfinanzminister: „Wir brauchen, wie ich glaube, eine umfassendere Wirkungsanalyse unserer Politik mit dem Ziel, mehr steuerungsrelevante Informationen im Sinne einer Gleichstellungspolitik zu bekommen. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie und Datensammlung. Bitte nicht! Sondern wir brau-



Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES

chen anspruchsvolle und tiefgehende Analysen, die uns Fehlentwicklungen erkennen lassen, die uns

Lerneffekte liefern. Die uns in den Stand setzen, neue finanzielle Spielräume zu schaffen. Wir brauchen ein sehr viel stärkeres Bewusstsein in allen Fachpolitiken, im Gegensatz zu einer alleinigen Zuständigkeit des Ressorts für Frauenpolitik oder Gleichstellungspolitik. Mehr in Ergebnis- statt in Ausgabekategorien zu denken, wäre ein enormer Fortschritt. Wenn uns das alles gelingt, können neue finanzpolitische Spielräume entstehen, die wir für zukunftsorientierte Politik brauchen. Und das schließt in meinen Augen ausdrücklich die Gleichstellungspolitik mit ein. Das nenne ich dann allerdings nicht mehr ‚Gender Budgeting‘, sondern das nenne ich ‚verantwortungsvolle Politik.‘“



**MAINZ**

**Sachzwänge werden konstruiert**

Vielen Frauen erscheint die öffentliche Haushaltspolitik als ein Buch mit sieben Siegeln. Um das zu ändern, um den Umgang mit dem Instrument des Gender Budgeting zu lernen, lud das Landesbüro Mainz Frauen aus den frauenpolitischen Verbänden des Saarlandes zu einem Seminar ein. Ganz praxisnah erklärte die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Karin Lawall, wie man einen Haushalt liest. Den Frauen wurde klar, dass die Beherrschung der Systematik zwar noch keine Politik ist – dass sie aber als Handwerkszeug für politische Zwecke unverzichtbar wird. Oft werden Sachzwänge konstruiert, die tatsächlich nichts mit der Haushaltssystematik zu tun haben, sondern mit den Interessen derer, die die Haushaltspolitik bestimmen. Die Teilnehmerinnen des Seminars lernten, dass Haushaltspolitik immer die Gestal-

tung der Beziehungen zwischen sozialen Gruppen in der Gesellschaft bedeutet – und somit für die Zukunft der Frauen entscheidend ist. Nicht immer sind die direkten und indirekten Auswirkungen auf Frauen leicht zu durchschauen. Genau hier sollen Gender Budgets Abhilfe schaffen. Es wird mit Hilfe dieses Instruments untersucht, wie sich der Umgang mit öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer, auf Mädchen und Jungen auswirkt – wem die Beschlüsse zugute kommen und wem nicht. Nur durch die Anwendung von Gender Budgeting wird klar, wer wo für wen welche Prioritäten setzt. Eine geschlechtersensible Haushaltsplanung kann Verteilungsentscheidungen zu Lasten der Chancengerechtigkeit der Geschlechter vermeiden.

**SAARBRÜCKEN/MAINZ**

**Frauen leben länger – aber wovon?**

SozialpolitikerInnen warnen seit Jahren eindringlich vor einer neuen Altersarmut, die nicht nur mit der demografischen Entwicklung, sondern vor allem auch mit der hohen Arbeitslosigkeit, mit niedrigen Löhnen sowie mit immer weiter verbreiteten prekären Beschäftigungsverhältnissen insgesamt zusammenhängt. Im Vergleich zu Männern sind Frauen schon jetzt viel häufiger von Altersarmut betroffen und werden es – wenn sie nicht gegensteuern – künftig weiterhin sein, wie den intensiv diskutierenden TeilnehmerInnen bei zwei Seminaren in Mainz und Saarbrücken vorgerechnet wurde. *Frauen leben länger – aber wovon?* – dazu gab es deprimierende Antworten.

Das ist die Ausgangslage: Frauen verdienen immer noch weniger als Männer – im Durchschnitt 24% weniger. Ihre Berufsbiografie ist wegen der Kinder oder zu pflegender Angehöriger häufiger unterbrochen, auch arbeiten viele Frauen in Teilzeit. Die Folge ist eine wesentlich niedrigere Rente als die der Männer. Nicht nur haben sie geringere Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, oft erfüllen sie auch nicht die Voraussetzungen für eine betriebliche Altersversorgung. Hinzu kommt, dass sie wegen des geringeren Verdienstes weniger Geld für eine private Zusatzversorgung zur Verfügung haben. Sparen sie sich das Geld dennoch mühsam ab, müs-





sen sie erleben, dass wegen des sogenannten Langlebigkeitsrisikos ihre Konditionen ungünstiger sind als die der Männer. Wie kann Frau also trotz dieser Nachteile besser für das Alter vorsorgen und welche sinnvollen Angebote gibt es speziell für Frauen, um strukturelle Benachteiligungen auszugleichen? Die Antworten der Fachreferentinnen dazu: Frauen müssen frühzeitig aktiv werden, sie dürfen die Entscheidung über eine zusätzliche Altersversorgung nicht immer weiter hinausschieben. Und: Gerade Frauen sollen sich für die gesetzliche Rente einsetzen, da diese die einzige wirklich gendergerechte Form der Altersvorsorge ist.

## BONN

### Frauenbetriebe – Machtkämpfe, Leidenschaft und Freude

Einfach war es nie. In den siebziger Jahren gründeten junge Frauen voller Hoffnung reine Frauenbetriebe mit autonomen antihierarchischen Strukturen. Die freie Journalistin und Autorin mehrerer Sachbücher, Sibylle Plogstedt, hat darüber ein Buch geschrieben: *Frauenbetriebe: Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin*.

Zum Internationalen Frauentag 2006 wurde dieses Buch von der Professorin Dr. Heide Pfarr (Hans-Böckler-Stiftung) in der FES in Bonn vorgestellt. Spannend war die Diskussion mit Frauen, die bis heute durchgeführt haben, unter anderem eine Schreinerin, heute im Vorstand des Handwerkerinnenhauses in Köln, eine Soziologin, Verlagsleiterin des Ulrike Helmer Verlages, in dem schon mehr als 300 Bücher erschienen sind, und die Besitzerin des Frauenbuchladens Amazonas in Bochum.

Alle Frauen berichteten, dass der konsequente Ausschluss von Männern immer wieder heftig kritisiert worden sei. Sie erzählten von Machtkämpfen, Krächen und von kollektivem Ausflippen, aber auch von der Leidenschaft und Freude, mit der gelernt, debattiert und gearbeitet wurde. Schwierig sei immer wieder die hohe Erwartungshaltung der mitarbeitenden Frauen selbst gewesen, die sich in der Praxis kaum einlösen

ließ. Es fehlt, so diagnostizierte die Runde, bis heute eine breite Auseinandersetzung mit den Barrieren, die den Erfolgen im Wege stehen. Eins allerdings sei sicher: „Selbstverwirklichung in der Buchhaltung klappt nicht“.



**Claudia Menne**, Leiterin Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB:

In den letzten fünf oder sechs Jahren gibt es, auch auf der gesetzlichen Ebene, positive Entwicklungen in anderen Ländern, und hier bewegt sich alles im Schnecken tempo. Diese Selbstverpflichtung, die ja anstelle eines Gesetzes wirken soll, ist kaum bekannt. Es wurde gesagt, Selbstverpflichtung in Verbindung mit öffentlicher Kontrolle kann wirksam sein.

Aber wo ist die öffentliche Kontrolle? Dazu gehört für mich eine Ministerin, die ein leidenschaftliches Plädoyer für Chancengleichheit und Entgeltgleichheit für Frauen in den Unternehmen hält. Die bestehende Kultur muss sich auch verändern.



## BERLIN/BRÜSSEL

### EU und Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

Gleichstellung besonders auf dem Arbeitsmarkt ist ein altes europäisches Thema. Schon 1957 wurde mit dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ die erste Richtlinie verabschiedet. Doch 50 Jahre später existieren in den EU-Mitgliedstaaten noch immer zum Teil gravierende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Dies war das Ergebnis einer internationalen Tagung des Forums Politik und Gesellschaft in Berlin. Lissy Gröner, Sprecherin für die Fraktion der Sozialdemokratischen Parteien Europas im Ausschuss für die Rechte der Frau, beklagte eine neue Entwicklung: Deutschland sei in der Vergangenheit ein wichtiger Motor für die Gleichstellung gewesen, doch mittlerweile sei es schwieriger geworden, entsprechende Richtlinien durchzusetzen. Ein Ländervergleich bestätigte auch auf diesem Gebiet, dass die nordischen Staaten die Nase vorn haben. Doch – so die Klage ei-

ner dänischen Wissenschaftlerin – auch bei ihr Zuhause gebe es wenig Frauen in Führungspositionen. In Deutschland würde durch die Arbeitsmarktreformen sogar das männliche Ernährermodell verfestigt. Bei den Ungarinnen herrschte Resignation, es geschehe zur Zeit kaum etwas zur Fortentwicklung von Gleichheitspolitik.

Das Europabüro der FES in Brüssel beschäftigt sich auch regelmäßig mit dem Thema Europäische Gleichstellungspolitik. MultiplikatorInnen aus ganz Deutschland kommen dorthin, um sich über die neuen Richtlinien zur Gleichbehandlung zu informieren, die Grundlage waren für das Allgemeine Gleichheitsbehandlungsgesetz in Deutschland. Wichtig sind vor allem Informationen über die verschiedenen Finanztöpfe. Das Programm *Progress* zum Beispiel hat Mittel zur Förderung der Gleichstellung, für die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und für Beschäftigungsanreize.

## TSCHECHIEN

### Viel Unzufriedenheit, denn der Fortschritt ist eine Schnecke

In der Tschechischen Republik scheint die Politik weitgehend uninteressiert an weiblichen Karrieren in der Privatwirtschaft zu sein. Es ist der privaten Initiative einer Nichtregierungsorganisation Gender Studies zu verdanken, dass dennoch kleine Fortschritte zu verzeichnen sind. In einem ausführlichen Bericht zur Lage der Frauen hat das FES Büro Prag die privatwirtschaftlichen Eigeninitiativen hervorgehoben.

Viele Firmen beteiligen sich an einem Wettbewerb, in dem die Betriebe ausgezeichnet werden, die am meisten für die Gleichstellung von Männern und Frauen getan haben. Die mit einem Preis bedachten Firmen sehen Gleichstellungspolitik als eine Schlüsselfrage, bieten flexible Arbeitszeiten an, Coaching-Programme für unterrepräsentierte Gruppen – in der Regel Frauen – und erleichtern damit ihren Karriereaufstieg.



Prof. Dr. Karen Valeur Sjørup (Roskilde Universität), MdEP Lissy Gröner, Sabine Gilleßen (lsv), MdEP Prof. Dr. Katalin Levai

**SERBIEN****Die Zahl der Frauen in Gewerkschaften wächst**

Die „Papierlage“ ist für berufstätige Frauen in den Ländern Südosteuropas gar nicht schlecht, denn die Gesetze werden in der Regel flugs den EU-Anforderungen angepasst. Es gibt aber eine große Kluft zwischen Gesetzen und der Realität. Das liegt häufig am Unwissen der Betroffenen, an der mangelnden Kontrolle oder einfach daran, dass die Gesetze ignoriert werden. Doch langsam wächst das Interesse in den Gewerkschaften an Gleichstellungsthemen. Das hat ganz simple Gründe: Da die Zahl der Mitglieder im Produktionsbereich sinkt, die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich aber zunehmen, wächst auch die Zahl der potenziellen weiblichen Mitglieder, während die klassischen männlichen Industriefacharbeiter seltener werden. In Ungarn sind beispielsweise schon mehr Frauen gewerkschaftlich organisiert als Männer. Das wird – so hofft das FES Büro in Belgrad – auch bei den Gewerkschaften zu Veränderungen zu Gunsten der Frauen führen.

**USA****Kinder sind Privatsache**

Nur wohlhabende Mütter haben in den USA die Wahl, ob sie Teilzeit, Vollzeit oder gar nicht arbeiten wollen. Für alle anderen gilt: Obwohl Diskriminierung und fehlende Flexibilität in der Arbeitswelt es Müttern zunehmend erschweren, am Berufsleben teilzunehmen, haben sie keine Alternative, beschreibt das FES Büro Washington die Situation. Es gibt keine öffentliche Kinderbetreuung, die privaten Einrichtungen sind sehr teuer. In den meisten OECD-Ländern selbstverständliche Arbeitnehmerrechte fehlen in den USA: bezahlter Urlaub, gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Gleichbehandlung von Teilzeitkräften. Die

Vereinigten Staaten gehören zu einem der nur fünf Länder weltweit, in denen es keinen gesetzlich vorgeschriebenen Mutterschaftsurlaub gibt. Sogar das Recht auf unbezahlten Urlaub zum Zeitpunkt der Geburt wurde erst in den 1990er Jahren eingeführt und gilt bis heute nur eingeschränkt. So ist es nicht verwunderlich, dass alleinerziehende Mütter, die mittlerweile drei von zehn Haushalten mit Kindern ausmachen, eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung verzeichnen als verheiratete oder in einer festen Partnerschaft lebende Frauen. Der Prozentsatz von Frauen in den Chefetagen ist hoch, aber auch dort scheint die Unzufriedenheit zu wachsen: In den USA wird zur Zeit das Phänomen der Aussteigmütter hitzig diskutiert. Firmen verlieren besonders in den höheren Etagen Mitarbeiterinnen oder klagen darüber, dass Angebote zu Beförderungen nicht angenommen werden. Die Rede ist von einem tiefgreifenden Wertewandel weg von einer extrem arbeitsfokussierten Gesellschaft hin zu einer nach Ausgewogenheit strebenden, selbstbewussten neuen Generation. Das FES Büro Washington spricht zurückhaltend von einem „leichten Lodern der Unzufriedenheit“ und meint skeptisch, es bleibe abzuwarten, ob dadurch genügend politischer Druck zur Schaffung besserer Bedingungen erzeugt werden könne.

## Kultur und Rollenbilder



Gibt es sie noch, die weiblichen Rollenbilder, für alle – oder eine Mehrheit – verbindlich? Und wie weit ist es Frauen heute möglich, aus kulturellen Zwängen auszubrechen, die sie einengen? Können sie auch in patriarchalisch geprägten Gesellschaften ihren eigenen Weg gehen, gar „leben wie ein Mann“? Und wie ist das in den Industrieländern, in denen Gleichstellungs- und Genderpolitik zumindest auf dem Papier funktionieren? Nutzen die Frauen die Chancen, die Gesetze und gesellschaftliche Übereinkunft in alles in allem funktionierenden Demokratien ihnen bieten? Ist unser Bild von den Frauen anderer Kulturen realistisch, erlebt nicht immer wieder Überraschungen, wer sich auf das scheinbar Fremde einlässt?

Fragen über Fragen und Antworten werden immer wieder gesucht bei Workshops, großen Tagungen und Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung rund um den Globus. Deutlich wird, wie ganz konkret an Veränderungen gearbeitet wird: Das Spektrum reicht von weiblichem Rechtsextremismus bis zur grenzüberschreitenden vor allem sozialen und dennoch hochpolitischen Arbeit von Frauen mit Behinderten. Es gibt viele Beispiele. Stereotypen werden allort tradiert, in deutschen wie internationalen Medien – und sie gehen überall an den modernen Menschen in heutiger Zeit vorbei.



**BONN****Der Girls' Day**

Wenn bundesweit Mädchen schulfrei haben und die Chance nutzen, sich in Firmen, betrieblichen Arbeitsstätten oder öffentlichen Institutionen über berufliche Möglichkeiten zu informieren, dann ist Girls' Day. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im April 2006 zum ersten Mal an diesem Aktionstag teilgenommen, den sie auch weiterhin mitgestalten wird. 70 Teilnehmerinnen diskutierten über das Frauenbild in der Gesellschaft und im Berufsleben. Zum



Angebot gehörte eine Führung durch das FES Archiv der sozialen Demokratie zum Thema Frauen in der Politik. Schwerpunkt aber war das Aus-

loten von Arbeitsmarktchancen von jungen Frauen und die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**SUHL****„Verraten, verkauft, belogen, verloren...“ – Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene**

In der öffentlichen Wahrnehmung sind rechtsextreme Parteien und Gruppierungen reine Männerbünde. Frauen kommen nur vor als „Freundin von...“, als dienendes zuarbeitendes Heimchen am Herd, eben als männliches Anhängsel. Wie gefährlich falsch dieser Blick ist, wurde während einer Veranstaltung des Landesbüros Thüringen der FES in Kooperation mit der Volkshochschule Suhl allen Beteiligten klar: Seit einiger Zeit schon, so die Expertinnen, treten diese Frauen und jungen Mädchen aus dem Schatten der Männer heraus. 2006 wurde ein Ring Nationaler Frauen (RNF) als Untergruppierung der NPD gegründet, der allen rechtsextrem eingestellten Frauen offen steht. „Männersekte oder Volksbewegung – das ist hier die Fra-

ge!“, konterte die Vorsitzende der RNF, eine Landtagsabgeordnete aus Sachsen, männliche Kritik aus den eigenen Reihen. Frauen sind inzwischen in den unterschiedlichsten Strömungen dieser Szene aktiv: vom rechtskonservativen Lager bis zur militanten Neonaziszene. Sie agieren und agitieren auf der Straße, in Parlamenten, Parteien und in den subkulturellen Vorfelddorganisationen. In Thüringen sind junge Frauen im sogenannten Mädlering Thüringen, in der Aktiven Frauen Fraktion und dem Jugend Mädler Bund aktiv. Von Erfurt aus wird eine „nationale Elternseite“ im Internet betrieben. Regelmäßig werden Familienausflüge organisiert und Familienfeste. Solche Aktionen verleihen der rassistischen Ideologie einen menschen-

freundlichen Anstrich. Dort werden neue Anhängerinnen rekrutiert, wird insgesamt das angeschlagene Image der Rechtsextremen aufpoliert. Der Mädlering Thüringen gibt sich sogar feministisch, stellt einen „Nationalen Feminismus“ zur Debatte, was auf erbitterten Widerstand der chauvinistischen und sexistischen Männer stößt. Szenestar ist die Sängerin Annett, NPD-Mitglied, deren Lieder Titel haben wie „Verraten, verkauft, belogen, verloren...“. Was am rechtsextremen Gedankengut attraktiv ist für Frauen, welche Ziele sie damit verfolgen und ob sich die klassischen Erklärungsmuster für Rechtsextremismus überhaupt auf sie anwenden lassen, wurde auf der Tagung diskutiert.



**Elke Ferner, MdB**, Stellv. SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF):

Insbesondere für jüngere Frauen ist vieles selbstverständlich, für das meine Generation noch kämpfen musste, die Generation unserer Mütter ohnehin. Ich mache ihnen das nicht zum Vorwurf. Wir wollten erreichen, dass die Mädels nicht mehr darum kämpfen müssen, beispielsweise eine weiterführende Schule zu besuchen. Heute sind sie durchweg besser in der Schule, haben die besseren Bildungsabschlüsse. Trotzdem stellen wir fest, dass sie bei der Wahl ihrer Berufsausbildung oder ihres Studienfachs noch immer auf ein ganz enges Spektrum beschränkt bleiben. Sie konzentrieren sich auf vielleicht zehn Ausbildungsberufe, die in der Regel keine Aufstiegschancen bieten. Da ist etwas schief gelaufen. Wir haben uns wieder einmal darauf verlassen, dass es genügt, gut genug zu sein und dann geht alles von alleine.

## SERBIEN

### Politisch korrekte Sprache

Im FES Büro in Belgrad geht es um die Sensibilisierung der serbischen Sprache für die weibliche Form. Für Frauen ist dies ein wichtiges Mittel zur Stärkung ihrer Rolle in der serbischen Gesellschaft. Einmal sollen für Titel und Berufsamen weibliche Formen gefunden werden. Zum anderen aber soll die sprachliche Sensibilisierung Diskriminierung und Missachtung der Frauen zumindest mildern.

Nach einer Reihe von Debatten und Seminaren veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Publikation „Frauen versteckt durch die Mediensprache“. Durch öffentliche Diskussionen mit der Fragestellung „Frau Präsidentin, sind Sie Präsident?“ hat man auch die Aufmerksamkeit wichtiger MultiplikatorInnen aus Medien, Politik und Wissenschaft erreicht und bei den Verbesserungsvorschlägen internationale Erfahrungen genutzt. Wichtig waren der FES Seminare zur Ausbildung von JournalistInnen. Seitdem setzt sich eine politisch korrekte Sprache immer stärker durch. Auch konservative Einrichtungen und Institute haben inzwischen ein Problembewusstsein entwickelt. Wichtiger Meilenstein der Stiftungsarbeit in Belgrad ist ein Wörterbuch mit allen Titeln und Berufsamen im Femininum, das im Frühjahr 2007 erscheinen soll.

## POLEN

### Gender-Unterricht für Lehrerinnen und Lehrer

Schon in der frühen Kindheit wird das Verständnis der gesellschaftlichen Frauen- und Männerrollen geprägt. Diese vermeintliche Binsenwahrheit scheint den polnischen Autoren der meisten Schulbücher unbekannt zu sein. Vor allem die Schulbücher für die ersten Grundschulklassen richten sich sprachlich an die Jungen. Frauen werden dargestellt als Hausfrauen und Kinderbetreuerinnen, Männer als Ingenieure oder Informatiker. Die FES in Warschau fördert deshalb ein Projekt für Gender-Unterricht, denn die

Denkklišees in den Büchern werden zusätzlich durch die LehrerInnen verfestigt, die ihre Schülerinnen als brav und fleissig, ihre Schüler als problematisch, aber kreativ wahrnehmen. In Workshops werden die PädagogInnen für den Genderaspekt sensibilisiert und darin geschult, die theoretischen Erkenntnisse auch praktisch anzuwenden. Da natürlich nur ein Bruchteil der LehrerInnen geschult werden kann, wird ein Handbuch zum Thema Genderunterricht mit konkreten Praxisbeispielen und mit Arbeitsmaterialien vorbereitet.

## TSCHECHIEN

### Rollenklischees dominieren

Eine Studie der FES in Prag zeigt, wie hartnäckig traditionelle Klischees sich bisher halten: Die Rolle der Frau liegt im Privatbereich, die des Mannes im öffentlichen. Mann unterstellt den Frauen einen Mangel an Ambitionen und schätzt ihre Arbeitsleistungen und ihre gesellschaftlichen Rollen gering. Ein Beispiel dazu: Bei einer am Runden Tisch geführten Diskussion über Chancengleichheit vertraten Männer folgende Meinung: Wer wünsche, dass mehr Männer in den Schulen arbeiten, damit die Kinder nicht nur weibliche Rollenmuster erleben, müsse sie besser bezahlen als die Frauen, denen ihre Entlohnung offensichtlich ausreichend erscheine. Darauf beharrten die Männer

auch, als ihnen vorgehalten wurde, dass die Kolleginnen die gleiche Ausbildung wie sie vorzuweisen haben und ihre Arbeitsbelastung sich nicht von der der Männer unterscheidet.



## HAMBURG/SHANGHAI

## Frauen tragen die Hälfte des Himmels

Bei allen kulturellen Unterschieden – die Probleme, vor denen Frauen stehen und die Wünsche, die sie haben, gleichen sich. Dies stellte eine Delegation des Frauenverbandes Shanghai fest, die sich auf Einladung des Julius-Leber-Forums in Hamburg aufhielt und dort mit dem Hamburger Frauenrat diskutierte. „Frauen tragen die Hälfte des Himmels“, an dieses Zitat Mao Zedongs wurde erinnert und ergänzt, von der „Hälfte der Macht“ seien sie immer noch weit entfernt.

Die Chinesinnen beklagten Zustände, die den deutschen Frauen nicht fremd waren: Chinesinnen seien von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer, das Durchschnittseinkommen betrage nur 70% von dem der Männer, in Politik, Verwaltung seien sie – wie fast überall auf der Welt – deutlich unterrepräsentiert.

Auch in Shanghai tauschten Medienfrauen aus Deutschland und China im letzten Sommer ihre Erfahrungen aus und stellten einigermaßen verblüfft fest, wie ähnlich diese sind. Die Tagung fand große öffentliche Resonanz in den Shanghai-Medien. Antworten wurden auf folgende Fragen gemeinsam gesucht: Wie gender-gerecht prägen Medien das öffentliche Bewusstsein? Welches Frauenbild vermitteln sie? Wie häufig kommen Frauenanliegen



in den Medien vor? Wie angemessen und sachgerecht wird über Politikerinnen berichtet? Wie viele Frauen zählen inzwischen zu den EntscheidungsträgerInnen und MacherInnen in den Medien? Brigitta Schulte stellte die Studienergebnisse zur Präsenz von Frauen in den Nachrichten in Deutschland vor. Da lagen Deutschland und China mit jeweils schlechten 22% bzw. 19% nicht weit auseinander. Selbst Kolumbien kommt auf 30% Frauen, die entweder Nachrichten fabrizieren oder Gegenstand von Nachrichten sind. Präsent seien Frauen bei allem, was mit Sex zu tun habe oder wenn es um das Liebesleben männlicher Politiker, um ihre Gattinnen und Exgattinnen gehe. Chinesische Medienfrauen haben ihre eigenen Probleme: Ältere weibliche Beschäftigte hätten Mühe mit den neuen Medien und würden aus-

gegrenzt. Jüngere müssten so viele Überstunden leisten, dass sie oft auf Privatleben und Kinder ganz verzichten. Trotz vieler Journalistinnen unterliegt die Darstellung von Frauen in den Medien in beiden Ländern nach wie vor ärgerlichen Stereotypen. Es gibt Initiativen der Medienfrauen zu einer gender-sensitiven Medienpolitik, einer Erhöhung des Frauenanteils im Management, für den Schutz der persönlichen Würde.

Frauenorganisationen ermutigen besonders Frauen auf dem Lande, sich via Medien Gehör zu verschaffen, zum Beispiel beim Problem der häuslichen Gewalt. Beklagt wurde, dass selbst bei den wenigen Frauenmedien Diskriminierung von Frauen nicht selten sei. Zwei Systeme, ähnliche Symptome, konstatierten die deutschen und chinesischen Medienfrauen gegen Ende der Tagung.

**PAKISTAN**

**Schlechte Bildung ist das Problem**

Zwar soll in Pakistan eine Quote von 33% mehr Frauen in die Parlamente bringen, doch ohne intensive Schulung wird es Veränderungen vor allem auf dem Land nur sehr langsam geben. Grund ist – neben der konservativen Einstellung und der Marginalisierung von Frauen – deren im Vergleich zu den Männern schlechter Bildungsstand. Der Schwerpunkt der Genderarbeit im FES Büro Islamabad liegt deshalb auf der Schulung von Frauen. Es geht darum, dass sie ihre neuen Freiräume zu nutzen lernen und sich Ansehen und Vertrau-

en in der Bevölkerung erwerben. Bisher ist der Anteil der Frauen, die direkt und nicht über die Quote in die Parlamente kommen, verschwindend gering. Die FES-MitarbeiterInnen erhoffen sich durch kontinuierliche Arbeit mit den Frauen einen Wandel des Rollenbildes. Bisher haben es vor allem Frauen aus privilegierten Kreisen der Gesellschaft in die Politik geschafft. Sie sind nach den Erfahrungen der FES wenig sensibel für die Bedürfnisse der großen Frauenmehrheit und an der Diskussion von Gleichstellungsthemen we-

nig interessiert. Mit den Partnerorganisationen konzentriert man sich deshalb darauf, mit Jugendlichen zu arbeiten und Frauen zu trainieren, die ohne solche Schulungen nur wenig Chancen haben. Sie sollen so fit gemacht werden, dass sie kleine politische Erfolge vorzeigen können, die wiederum schrittweise zu einem Abbau der Vorbehalte gegen die öffentliche Betätigung von Frauen führen dürften. Wichtig ist hier auch ein Medienprojekt, das mit Hilfe von Radio-sendungen Frauen in den entlegens-ten Ecken Pakistans fördert.

**AFGHANISTAN**

**Frauenpolitik ist eine tägliche Gratwanderung**

Frauenförderung in Afghanistan ist schwierig. In den Provinzen herrschen oft mittelalterliche Bedingungen, in Kabul ist die Entwicklung widersprüchlich. Das Taliban-Regime hat alle zuvor erreichten Fortschritte wieder zunichte gemacht. Seit fünf Jahren versuchen nun Organisationen wie die FES und andere die Lage der Frauen zu verbessern. Doch Genderfragen und Frauenpolitik erfordern eine tägliche Gratwanderung

zwischen westlichen Vorstellungen und lokalen Realitäten. Im Parlament gibt es eine Frauenquote von 27%, im Kabinett Karzai allerdings nur eine (Frauen-)Ministerin. Die FES versucht, die politisch aktiven Frauen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu schulen. Auf reine Frauenprojekte wurde bei der Parlamentsarbeit verzichtet. Auch bei Veranstaltungen eines Frauennetzwerks hat man versucht, die Männer mit ein-

zubeziehen, um damit den Dialog über Genderfragen auszuweiten. Die Erfahrung zeigt, dass afghanische Aktivistinnen für Genderdiskussionen offener sind als manch westliche Konzepte dies vorsehen. Frauen auch in die übrigen Aktivitäten der FES einzubeziehen, erweist sich als schwierig. Viele Familien verbieten ihren Töchtern beispielsweise die Teilnahme an dem äußerst erfolgreichen Förderungsprogramm „Young Leaders’ Forum“. Junge Frauen als Trainerinnen zu YLF-Veranstaltungen in die Provinzen zu entsenden, ist unmöglich. Umgekehrt gilt oftmals, dass junge Frauen aus den Provinzen ohne Begleitung eines Familienmitglieds nicht an Workshops in Kabul teilnehmen dürfen.



## MAROKKO

### Frauen auf dem Weg in die Moderne – Eine Tagung in Bonn

„Die größte Revolution seit der Unabhängigkeit“, nannte Latifa Jbabdi die Reform des Familienrechts in Marokko. Gemeinsam mit der Deutsch-Maghrebinischen Gesellschaft zog die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn nach drei Jahren eine erfreuliche Bilanz. Trotz anfänglich massiver Proteste von Islamisten hat eine vom marokkanischen König eingesetzte Expertenkommission folgende Neuerungen durchgesetzt: Das Heiratsalter wurde auf 18 Jahre heraufgesetzt. Frauen können ohne vormundschaftliche Genehmigung heiraten. Polygamie steht unter Richtervorbehalt und ist ohne Zustimmung der Frau nicht mehr möglich. Die Gehorsamspflicht gegenüber dem Ehemann ist

abgeschafft. Scheidungen fallen in die Zuständigkeit von Gerichten. Beim Sorgerecht wird das Kindeswohl berücksichtigt. Das Reformgesetz hat inzwischen zu deutlich mehr Scheidungsanträgen von Frauen geführt. Durch Radioprogramme, Ausstellungen, Theaterstücke und Comics werden auch Analphabetinnen über ihre neuen Rechte informiert. „Die Mentalitäten haben sich bereits geändert“, bilanzierten die Gäste aus Marokko. Die neuen Frauenrechte orientieren sich an den internationalen Rechtsstandards, basieren gleichzeitig jedoch auf einer Neuauslegung des Korans. Dadurch erklärt sich der Erfolg dieser „Emanzipation im Einklang mit dem Islam“.



Prof. Dr. Mohammed Mouaqit (Universität Casablanca),  
Bettina Dennerlein (Humboldt Universität) Berlin

## MERCOSUR

### Offen für Genderfragen

Mercosur ist das wichtigste Integrationsbündnis Südamerikas. Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela gehören ihm an und kämpfen zur Zeit mit Problemen, die man auch aus der Europäischen Union kennt. Mercosur will keinesfalls die EU-Fehler wiederholen. Die Zivilgesellschaft soll deshalb intensiv am Integrationsprozess beteiligt werden. Dank progressiver Regierungen haben sich auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der FES erheblich verbessert. So wurde ein Konzept für die Beteiligung gesellschaftlicher AkteurInnen und für die Formulierung

einer gemeinsamen Reformagenda entwickelt, an dem die FES mitgewirkt hat und das von ihr koordiniert wird. In diesem Integrationsbündnis soll eine aktive Genderpolitik durchgesetzt werden. Ein Netzwerk aus Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftlich aktiven Gender-Bündnissen hat sich inzwischen etabliert – und politische Durchschlagskraft entwickelt. Regierungsvertreterinnen des Mercosur haben sich mit zahlreichen Frauennetzwerken der Region getroffen. Bei einem zweiten Treffen wurde das Konzept weiterentwickelt. Vor allem soll Gen-

derpolitik auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik künftig eine starke Rolle spielen. Bei einer dritten Veranstaltung wurde überlegt, wie Genderkriterien bei Zusammensetzung und Arbeitsweise des gemeinsamen Parlamentes des Mercosur berücksichtigt werden könnten. Die FES begleitet diese Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen. Genderperspektiven sollen – so inzwischen die erklärte Absicht – zu einem festen Bestandteil des Integrationsprozesses werden.

## Teilhabe und Kompetenz



Muss man, obwohl mit wenigen Ausnahmen in der Welt Frauen längst das aktive und passive Wahlrecht haben, obwohl zumindest auf dem Papier mit der Gleichstellung mehr oder weniger alles in Ordnung ist, politisch interessierte und engagierte Frauen speziell stützen? Man muss. Denn nicht nur in patriarchalischen konservativen Gesellschaften werden Frauen ihre verbrieften Rechte vorenthalten, werden sie „politisch dumm gehalten“ durch weniger Zugang zu Bildung, durch Überlastung, Kinderreichtum, familiäre und religiöse Traditionen. Gerade in den armen Ländern tragen Frauen einen großen Teil der Alltagslast, ohne deshalb aber partnerschaftlich an den Entscheidungen beteiligt zu werden, die auch sie und ihre Kinder betreffen.

Die Probleme sind von Land zu Land verschieden und doch gibt es Gemeinsamkeiten: Auch in den hochentwickelten Ländern sind Frauen politisch unterrepräsentiert. Wie in den armen ländlichen Regionen tragen sie die Hauptverantwortung für die Familien. Immer noch kostet es Frauen mehr Überwindung als Männern, öffentlich aufzutreten. In vielen Ländern dieser Welt sind die Medien männerbeherrscht und das bedeutet: Sogenannte Frauenthemen werden marginalisiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet deshalb, jeweils zugeschnitten auf die Region, besondere Trainingsprogramme für Frauen an. In Deutschland und Europa geht es eher um Informationen über nationale Gesetze und hilfreiche EU-Richtlinien, in anderen Teilen der Welt werden die Frauen fit gemacht, damit sie auf lokaler Ebene in den Selbstverwaltungsorganen Verantwortung übernehmen können. Eines lehren die folgenden Berichte aus aller Welt immer wieder: Oft sind die Frauen bei der Formulierung und Einforderung ihrer Rechte in den Ländern des Südens weiter als Frauen in so manchem hochentwickelten Industrieland.

SPD-Parteischule in Berlin, 1908



## ZENTRALASIEN

### Die Frauen stellen sich den Problemen

In zahlreichen Seminaren fördert die FES die regionale Zusammenarbeit der Frauen in den zentralasiatischen Ländern. Die gemeinsame Erfahrung der Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und anderen ist: Die Frauen kommen mit dem Wandel seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion besser zurecht als die Männer. Sie sind in der Zivilgesellschaft wesentlich aktiver. Während die Männer nur reagieren, ergreifen Frauen die Initiative – und sind dennoch in der Politik dramatisch unterrepräsentiert. Während die Jungen in der Familie zu künftigen Familienoberhäuptern er-

zogen werden, müssen sich die Mädchen schon früh daran gewöhnen, dass sie sich in patriarchalischen Gesellschaften jede Freiheit selbst erkämpfen müssen. Dazu gehören eine Berufsausbildung, die eigene Wahl des Lebenspartners, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Präsenz im öffentlichen Leben. Bei den Veranstaltungen der FES stellt sich immer wieder heraus, dass Frauen sich durch Frauen in der Politik wesentlich besser vertreten fühlen als durch Männer.

Die FES arbeitet eng mit den Frauen zusammen, die in den vergangenen Jahren an einem Erfahrungsaustausch im Frauenhaus Altenbrü-

cken in Deutschland teilgenommen haben. Aus dieser Zusammenarbeit sind inzwischen mehrere Projekte entstanden. Dieses Netzwerk ist eines der Fundamente regionaler Frauenkonferenzen. In Seminaren werden nicht nur politische Kenntnisse vermittelt, sondern das Selbstbewusstsein der Frauen wird gestärkt. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hedi Wegener, Vorsitzende der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe, hat bei zahlreichen Veranstaltungen in Kasachstan und Usbekistan von deutschen Erfahrungen mit Gleichstellungsfragen berichtet und mit politisch engagierten Frauen diskutiert.

## ASIEN

### Das Radio spielt eine Schlüsselrolle

Sehr erfolgreich läuft in Pakistan ein von der FES unterstütztes Frauenradio-Projekt. In Workshops haben Frauen aus ländlichen Regionen ihre Probleme artikuliert und nach Lösungen gesucht. Die Veranstaltungen, an denen auch VertreterInnen örtlicher Behörden teilnahmen, wurden mitgeschnitten und im lokalen Radio veröffentlicht. Das Ansehen der Frauen, die sich an den Projekten beteiligten, ist in der Bevölkerung deutlich gestärkt worden.

Obwohl in einigen Ländern Asiens sehr viele Frauen in den Medien arbeiten (der Anteil der Journalistinnen liegt teilweise bei 50%) muss Genderberichterstattung immer noch geübt werden. Bei Medientagungen und

Workshops in Hanoi und in Beijing ging es deshalb um Gender und Programmgestaltung, z. B.: Welches Frauenbild wird bisher vermittelt? Wie häufig und in welcher Form werden Frauenanliegen in den Medien thematisiert? Wie viele Frauen zählen mittlerweile zu den Entscheidungsträgerinnen und Macherinnen in den Medien?

Die Grundprobleme von Journalistinnen in vielen asiatischen Ländern sind folgende: In Staaten wie Thailand oder Malaysia ist die Berufstätigkeit von Frauen normal. Deshalb trauen sie sich in solchen Ländern auch bei Veranstaltungen an die Mikrofone und diskutieren mit den Männern. Anders sieht das aus

in Ländern wie Afghanistan, Pakistan oder Bangladesch. Kulturelle und oft religiös geprägte Rollenvorstellungen behindern die Frauen in ihren beruflichen Möglichkeiten. Das gilt besonders für die Medien in männlich dominierten Gesellschaften, in denen es als unweiblich gilt, in Interviews kritisch nachzufragen, in denen die Netzwerke männerbeherrscht sind und Frauen in diesen männlich dominierten Gesellschaften nur schwer an Informationen und Interviewpartner kommen. Dazu kommt, dass sie in Medienberufen gefährdet sind wie die Männer auch, dazu aber noch Pöbeleien und sexueller Belästigung ausgesetzt sind.

**Lissy Gröner**, MdEP, Frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion,  
Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten:

Aktive Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer ist in der Geschichte der Europäischen Union fest verankert und heute mehr denn je ein aktueller und wichtiger Bestandteil auf dem Weg Europas zu Wachstum und steigender Beschäftigung. In Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik kann es nur Fortschritt geben, wenn die Frauen voll einbezogen sind.



Redaktion der Zeitschrift „Frauenwelt“, 1928

## BONN

### Mut zum politischen Engagement – Mehr Frauen in die Politik

„Wenn wir mitsäen, wollen wir auch miternten“ war das Motto einer Tagung in Bonn, Teil einer FES-Veranstaltungsreihe mit einem breit gefächerten Trainingsangebot. Es ging um geschlechtergerechte Entscheidungen in der Politik, um das neue Europäische Strukturförderprogramm, um Gender Mainstreaming im Städtebau. Auslöser für die Veranstaltungsreihe war die Erkenntnis, dass trotz vielfältiger Ansätze zur Einführung von Gender Mainstreaming in den deutschen Kommunen, Ländern und auf Bundesebene die Veränderung

alter Denk- und Handlungsmuster noch lange nicht selbstverständlich ist. Die Lust am Ausprobieren neuer Wege ist in manchen EU-Ländern größer als in Deutschland. Im Februar 2006 hat sich ein europäisches Netzwerk der Gender Budgeting Initiativen gebildet. Dieser Austausch mit den Nachbarländern stärkt die eigenen Kräfte und eröffnet Möglichkeiten, voneinander zu lernen, Ziele und Verfahren aufeinander abzustimmen, damit nicht jedes Land für sich das Rad neu erfinden muss.

## BONN

### WOMNET – gleiche Chancen in Europa

Mehr als 120 Expertinnen aus über 30 west- und osteuropäischen Ländern kamen zu einer internationalen Konferenz nach Bonn. Am Vorabend des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 wurde darüber diskutiert, wie im Prozess der EU-Osterweiterung die Gleichstellung und die zivilgesellschaftliche Partizipation gefördert werden können. Viele Frauen erhoffen sich eine Verbesserung der nationalen Gesetzgebung – und deren Umsetzung in die Praxis. Denn Gender Mainstreaming und zivilgesellschaftliche Partizipation sind Bedingung für den EU-Beitritt. Die FES hat sich an der hochrangig besetzten Tagung im Haus der Deutschen Welle in Bonn beteiligt.



**MAINZ****Ziele formulieren –  
Strategien entwickeln**

Seminare für politisch interessierte Frauen hat das FES Büro in Mainz angeboten. Denn trotz Quote und formaler Gleichberechtigung sind sie in allen politischen Gremien unterrepräsentiert. Möglichst praxisnah wurde über folgende Themen diskutiert: Kreativität, Visionen und innovative Techniken. Harvard-Verhandlungsmodell (Dabei geht es darum, mit den an der Universität Harvard entwickelten fünf Prinzipien für sachgerechtes und faires Verhandeln zu arbeiten, auch den unterschiedlichen Verhandlungsstil von Männern und Frauen herauszuarbeiten.). Frauen fit für die politische Spitze (gefragt wurde unter anderem, wie Erfolgsblockaden aufgelöst werden können, wie man sich psychisch für die Spitze disponiert, wie man persönliche Zielsetzungen definiert). In weiteren Seminaren ging es darum, Ziele zu formulieren und Strategien zu entwickeln sowie die Steigerung kommunikativer Kompetenzen.



Dr. Michael Ehrke, Dr. Winfried Veit, MdB Angelica Schwall-Düren, MdB Monika Griefahn

**PARIS****Erfahrungsaustausch zwischen Politikerinnen**

Was den Anteil der Frauen in politischen Entscheidungsfunktionen angeht, gehört Frankreich immer noch zu den europäischen Schlusslichtern. Darüber herrschte während einer Veranstaltung des FES Büros in Paris rasch Einigkeit. Über *Frauen und Politik* diskutierten temperamentvoll Catherine Trautmann, MdEP und lange Zeit Bürgermeisterin in Straßburg, Heide Simonis, ehemalige Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, heute Vorsitzende von Unicef Deutschland, und Monika Griefahn, Bundestagsabgeordnete.

Die drei Frauen berichteten sehr persönlich über ihre Lebenswege, ihre Erfolge und Niederlagen in der

Politik. Heide Simonis verteidigte die Frauenquote. Nur dadurch sei es in Deutschland gelungen, in relativ kurzer Zeit die Barrieren für Frauen abzubauen und ihre Zahl in politischen Führungsämtern deutlich zu erhöhen. Catherine Trautmann erzählte, wie sehr ihr während ihrer Zeit als Bürgermeisterin die „kritischen Beobachter“ im Nacken saßen, bereit, sie bei jedem noch so kleinen Anzeichen von Schwäche anzugreifen, auch sehr persönlich. Monika Griefahn berichtete über die besonderen Belastungen, wenn Frauen nicht nur in der Politik mitmischen wollen, sondern auch ein normales Familienleben führen möchten.

**TSCHECHIEN**

**Junge Frauen in die Politik**

Regelmäßig beschäftigt sich das Büro der FES in Prag in Seminaren und öffentlichen Veranstaltungen mit der Lage der Frauen. Hier einige Beispiele aus der Projektarbeit: *Junge Frauen in der Politik* lautete der Titel eines Trainingsseminars, in dem vor allem über die Möglichkeiten und Arbeitsweisen von Netzwerken zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen gesprochen wurde.

Die deutsche Bundestagsabgeordnete Petra Ernstberger berichtete bei einer Konferenz über Hindernisse, Chancen und Erfahrungen aus der Praxis von ihren eigenen politischen Erfahrungen. Die Teilnehmerinnen wünschten nach der sehr offenen Debatte künftig einen intensiveren Informationsaustausch zwischen politisch aktiven Frauen aus der Tschechischen Republik und Deutschland.

Im Rahmen eines internationalen Workshops wurden Aufgaben und politische Erwartungen der Frauenorganisationen im erweiterten Europa diskutiert. Die Teilnehmerinnen aus Wissenschaft, Medien und Politik kamen aus Deutschland, den Niederlanden und der Slowakei.



**SLOWAKEI**

**Gleichstellung im Mittelpunkt der Menschenrechtsolympiade**

Stillstand herrscht in Sachen Frauenfragen in der Slowakischen Republik. Die Situation im Arbeitsbereich Gleichstellung/Gender bleibt schwierig, weil diese Fragen in der slowakischen Politik wie auch bei den sozialdemokratischen Partnern keine Priorität genießen. Dennoch konnte auch mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung einiges erreicht werden. Gleichstellungsfragen standen etwa im Mittelpunkt des Jugendwettbewerbs Menschenrechtsolympiade, an dem sich 4.000 slowakische MittelschülerInnen beteiligten. Das Projekt hatte einen hohen Multiplikationseffekt, weil es mit einem Gender-Training für LehrerInnen aus allen slowakischen Regionen verbunden wurde.

Gleichstellungsthemen wurden auch bei Seminaren und Konferenzen aufgegriffen, in denen es um soziale Reformen ging. Im Mittelpunkt standen Arbeitsgesetzgebung, Rentenreform, Armutsbekämpfung und soziale Situation der Roma.

**SERBIEN**

**Nachdenken über die eigene Situation**

Die Rollenbilder für Frauen verändern sich in Serbien nur quälend langsam. Trotz engagierter serbischer Politikerinnen wird Frau weiterhin über ihre Rolle als Hausfrau und Mutter definiert. Das gilt vor allem für die Provinz. Besonders diese Frauen will die Friedrich-Ebert-Stiftung ansprechen, sie dazu provozieren, über ihre Lage nachzudenken.

In einer Seminarreihe gibt es ausführliche Informationen über die rechtliche Situation, über Gender-Initiativen und die verschiedenen Schutzgesetze. Nützlich ist auch eine Kurzausbildung für die lokale Selbstverwaltung. Die Frauen werden in Kommunikationstechniken geschult. Man übt hier mit ihnen öffentliche Auftritte – von der Körpersprache über Rhetorik bis zu politisch korrekter Sprache. Die FES erhofft sich, dass diese Frauen in ihren Regionen eine Multiplikatorinnenfunktion übernehmen.

**Ingrid Sehrbrock**, Stellv. Vorsitzende des Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist offensichtlich keine kurzfristig zu erreichende Zielsetzung. Dafür steht das Thema schon viel zu lange auf der politischen Agenda. Wir lassen aber nicht locker. Für uns gehört ein gesetzlicher Rahmen unbedingt dazu. Von daher werden die Gewerkschaftsfrauen sich auch weiterhin für ein Gleichstellungsgesetz einsetzen.



## BOSNIEN UND HERZEGOWINA

### Mangelnde Solidarität unter Frauen

Frauen, die sich politisch oder gesellschaftlich engagieren wollen, haben mit zahlreichen Problemen zu kämpfen: In einer Reihe von Trainingsseminaren in sieben bosnischen Städten gab es immer wieder die gleichen Klagen: Die männlichen Kollegen nehmen sie nicht ernst, höhere Positionen teilen die Männer unter sich auf, in den Medien bekommen Frau-

en weniger Platz eingeräumt als Männer. Während einer Veranstaltung wurde deshalb empfohlen, mit Hilfe eines JournalistInnen-Kodex eine weitere Marginalisierung der Frauen und die Verbreitung von Stereotypen in den Medien zu verhindern. Auch mangelnde Solidarität unter Frauen gehörte zu den Klagen. Ein weiteres Problem: Bestenfalls über Sozialwe-

sen, Kultur und Gesundheit dürfen sie nach dem Willen ihrer Parteien in der Öffentlichkeit reden. Die FES hat deshalb eine Reihe von Seminaren zur Gleichstellung der Geschlechter angeboten. Themen waren unter anderem internationale Dokumente zur Gleichstellung, Gender und EU-Recht, Aufgaben lokaler Komitees für Genderfragen.

## BULGARIEN

### Situation hat sich verschlechtert

Ob in der Politik oder in der Arbeitswelt: In den Führungsgremien ist der Frauenanteil deutlich zurückgegangen. Die FES versucht deshalb zusammen mit bulgarischen Partnerorganisationen, ein Bewusstsein für Gleichstellungs- und Genderpolitik zu schaffen. In Seminaren wurde über die Geschichte der Frauenrechte und über die aktuelle Situation in der EU und der UNO referiert. Es wurden Fraueninitiativen in der kommunalen Selbstverwaltung vorgestellt und diskutiert. Mit der Metallarbeitergewerkschaft zusammen hat die FES einen stark praxisorientierten Workshop zur Einrichtung von betrieblichen Frauenausschüssen organisiert. Das „Sozialdemokratische Frauennetzwerk“ der FES hat inzwischen Einfluss in den sozialdemokratischen Parteien. Größter Erfolg ist ein Unterausschuss für Gleichberechtigung im Parlament.

## MAKEDONIEN

### Demokratische Grundrechte auch wahrnehmen

Die FES in Skopje hat vor allem MitarbeiterInnen der Partnerorganisation als TrainerInnen ausgebildet. Diese haben wiederum Frauen in ländlichen Regionen geschult, ihnen demokratische Grundregeln vermittelt. Das Problem in Makedonien ist, dass in dieser immer noch patriarchalisch geprägten Gesellschaft den Frauen die Wahrnehmung ihres Wahlrech-

tes schwer gemacht wird. Da die Frauen bei den Seminaren unter sich sind, wird sehr offen diskutiert, beispielsweise über die historische Entwicklung der demokratischen Rechte für Frauen. Jüngere Teilnehmerinnen werden von ihren Müttern und Großmüttern darin unterstützt, auf ihre Rechte zu pochen und sich politisch zu engagieren.



**UKRAINE**

**Nur sozialer Schutz von Müttern ist ein Thema**

Diskriminierung aufgrund der Geschlechterzugehörigkeit ist in der Ukraine ein die Männer wenig interessierendes Thema. Gleichstellungsfragen wurden im Wahlkampf 2006 nicht diskutiert, dass Frauen ein Drittel weniger verdienen als Männer wird hingenommen. Wenn überhaupt Frauenthemen in der Politik angesprochen werden, dann unter der Überschrift: sozialer Schutz von Müttern, denn die Ukraine hat ein demografisches Problem. Ignoriert wird auch die nach inoffiziellen Angaben weit verbreitete häusliche Gewalt. Auch über die illegale Migration von Frauen aus ländlichen Gebieten in die Staaten der EU wird öffentlich nicht gesprochen.

Vor diesem Problemhintergrund hat die FES ihre Anstrengungen im Bereich Gender- und Frauenpolitik in der Ukraine verstärkt. Dabei erfolgt auch eine enge Zusammenarbeit mit Partnern in Belarus, welche die Genderthematik mit Demokratisierungsstrategien verbinden.

Schwerpunkte sind die Arbeits- und Sozialpolitik, die Umsetzung der Gleichstellungsgesetzgebung in Zusammenarbeit mit NGOs, Gewerkschaften und Parteien sowie die Überwindung überholter geschlechtsspezifischer Stereotypen und Diskriminierung wie z. B. in der Werbung.



**PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE**

**Die Frauen werden selbstbewusster**

Die Beteiligung von Frauen an der Politik steigt stetig und damit auch die Auseinandersetzung um demokratische Grundwerte. Die FES unterstützt solche demokratischen Bestrebungen, die durch den anhaltenden israelisch-arabischen Konflikt und durch traditionelle Rollenmuster allerdings erschwert werden. Mit Hilfe der FES konnte durchgesetzt werden, dass mindestens zwei Sitze in jedem Wahlbezirk von Frauen besetzt werden müssen.

Seit einem Jahr gibt es ein durch die FES gefördertes Trainingsprogramm, das die neuen Politikerinnen unterstützt und Netzwerkbildung fördert. Damit sich die Politikerinnen

– die meisten sind Lehrerinnen, Angestellte im Gesundheitswesen oder Hausfrauen – in ihren neuen Positionen zurechtfinden, werden Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten geschult, werden Transparenz und politische Integrität zum Thema gemacht. Die Netzwerkbildung hat inzwischen erste Früchte getragen: Kommunale Ratssitzungen müssen bis spätestens 16 Uhr einberufen werden, damit die Beteiligung der Frauen gewährleistet ist. Denn abends können viele Frauen in dieser traditionellen Gesellschaft das Haus nicht mehr alleine verlassen. Die zumeist kinderreichen Mütter sind zudem am Abend nahezu unabhkömmlich.

## KENIA

**Wirtschaftliche Probleme – Politische Lösungen**

Zwei große Projekte des FES Büros in Nairobi/Kenia wurden und werden in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Da ist einmal das *Women's Manifesto*. Die Probleme der Frauen in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Bereichen wurden untersucht. Entstanden ist ein Rahmenwerk für das Engagement von Frauen in Kenia, das von vielen politischen AkteurInnen diskutiert und genutzt wird. Es bietet einen pointierten Überblick über die Probleme von Frauen im öffentlichen Raum und zeigt konkret auf, mit welchen Hindernissen Frauen auf dem Weg zu mehr Einfluss kämpfen müssen. Das zweite Projekt ist eine Studie, die ein für das FES Büro selbst überraschend großes öffentliches und politisches Interesse fand. Es geht in der Studie ganz konkret um die Herausforderungen für die Kleinhändlerinnen in den Grenzregionen durch die ostafrikanische Zollunion. Die Studie wurde in den Medien ausführlich diskutiert, auf mehreren Konfe-

renzen vorgestellt und spielt inzwischen auch bei den politischen Entscheidungsträgern eine Rolle. Dem *Women's Manifesto* wiederum ist es zu verdanken, dass die drängenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme Kenias nun durch die Gender-Linse betrachtet werden. Das Dokument traf auf große Resonanz, ist beispielsweise Pflichtlektüre in verschiedenen Universitätsseminaren und ist als Planungsinstrument in einzelnen Ministerien akzeptiert worden. Besonders hat es die Fragen von aktiver Frauenförderung und Quotenregelungen in das Zentrum der öffentlichen und parteiinternen Debatten gerückt.

Das FES Büro hat Vorstellungen des Manifests bei politischen Parteien organisiert, die eine Serie von weiteren Kontakten zwischen Frauenorganisationen und Parteien nach sich zogen. Zwei Parteien haben inzwischen eine 30-Prozent-Quote für Frauen eingeführt.



## SADC

**Genderprotokoll wurde auf den Weg gebracht**

Vor knapp acht Jahren unterschrieben die Staats- und Regierungschefs der 14 Staaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika eine Deklaration zu Gender und Entwicklung, die sich mit Frauenrechten und der Rolle der Frauen bei der Entwicklung der Region befasst. Zusammen mit den Ergebnissen der Weltfrauenkonferenz in Peking, deren Nachfolgekonferenzen und den in den Millennium Development Goals festgelegten Zielen und weiteren internationalen Abkommen bildet diese Erklärung den Rahmen für Aktivitäten von Regierungen und Zivilgesellschaft. Auf der letzten Konferenz der Staats- und Regierungschefs von SADC war beschlossen worden, die Deklaration in ein rechtlich bindendes Protokoll zur Herstellung von Gleichberechtigung umzuwandeln.

Dieser Prozess wurde von der FES durch eine Reihe von Maßnahmen vorangetrieben. Es wurde ein Entwurf für das Protokoll erstellt, der dem SADC-Generalsekretär Salomao übergeben, von diesem angenommen und auf seine Anweisung an die zuständigen Minister der Mitgliedsländer zur Konsultation verschickt wurde. Durch die breite Einbeziehung sowohl der offiziellen staatlichen Institutionen als auch der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung des Protokollentwurfs konnte sichergestellt werden, dass es bereits in dieser frühen Phase viel Unterstützung gab. Der SADC-Ministerrat hat nun beschlossen, das Protokoll für den nächsten Gipfel im August 2007 in Sambia unterschriftsreif zu haben.

## Gewalt und Macht



Foto aus dem Film „Esmas Geheimnis“

Gewalt gegen Frauen und ihre gesellschaftlichen Ursachen – diese Themen nehmen traditionell in der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung viel Raum ein. Immer hat Gewalt etwas zu tun mit den Machtverhältnissen. Wer die Macht hat, ob in der Familie, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum, kann in bestimmten Situationen und Regimen fast ungestraft Gewalt ausüben. Ein trauriges Beispiel unter vielen ist die sexuelle Gewalt gegen Frauen in Kriegen und Bürgerkriegen. Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter, wie die folgenden Berichte über Veranstaltungen und die kontinuierliche Arbeit der FES im In- und Ausland zeigen.

Beispielhaft ist hier die Arbeit des Regionalbüros Dresden: Zusammen mit dem Jugendamt der Stadt Görlitz veranstalteten die MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung u.a. einen Workshop zum Thema *Sexueller Missbrauch: Ein Verdacht kommt auf – Was tun?*. Auf einer weiteren Veranstaltung der FES in Dresden ging es ebenfalls um die Folgen von Gewalt, diesmal vor allem um gesundheitliche. Vorgestellt wurde ein in Deutschland leider einmaliges Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt am Universitätsklinikum Benjamin Franklin in Berlin. Nach Angaben der WHO stellt häusliche Gewalt sogar eine der größten Gesundheitsgefährdungen für Frauen überhaupt dar und die Folgekosten betragen jährlich weltweit 40,2 Milliarden Dollar.

An vielen anderen Orten in Deutschland befasste sich die FES ebenfalls mit der Qualität von Intervention und Prävention in Fällen von häuslicher Gewalt. So auch auf einer Konferenz des Landesbüros Brandenburg in Potsdam. Darüber hinaus nahm man sich dort auch auf einem Gesprächsabend des aktuellen Themas Stalking an.

**Renate Gradistanac**, MdB, Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion:

Wir haben ein Aktionsprogramm gegen Zwangsverheiratung, Menschenhandel und Zwangsprostitution, das weiterentwickelt werden soll. Zudem gibt es ein Aktionsprogramm zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung, in dem auch noch nicht alles abgearbeitet ist. Man muss sich bewusst sein, dass all dies Delikte der organisierten Kriminalität sind, mit Strukturen, in denen viel Geld verdient wird.



## MÜNCHEN

### Im Schatten der WM – Frauenhandel und Zwangsprostitution

Die heitere Fußballweltmeisterschaft hatte auch ihre Schattenseite: nämlich eine beträchtliche Zahl von Frauen, die nach Deutschland gebracht und zur Prostitution gezwungen wurden. Das Bayernforum in München hat eine ganz besondere Form gefunden, die Menschen aufzurütteln oder zumindest nachdenklich zu machen. Eine Ausstellung zu diesem Thema mit dem Konzeptkünstler Gerhard Beham wurde in München intensiv diskutiert. Auf 21 Bild- und Texttafeln wurde in Collagenform das authentische Schicksal junger Frauen dargestellt. Von den 400.000 Frauen, die in Deutschland als Prostituierte arbeiten, kommen 150.000 aus dem Ausland. Schätzungsweise 30.000 dieser Frauen sind in die Prostitution gezwungen worden. Um sie ging es in der Ausstellung, die von der Bundestagsabgeordneten Angelika Graf in der Kleinen Galerie des Bayernforums eröffnet wurde.

Das sind die Fakten, mit denen sich die Besucher auseinandersetzen: Mit Scheinangeboten wie beste Verdienstmöglichkeiten als Haushaltshilfen, Bedienungen, Au-pair-Mädchen oder Models locken Schleuserbanden junge Frauen vor allem aus den Armenhäusern Osteuropas nach Westeuropa. Unter ihnen sind auch Minderjährige. Sie werden von Zuhältern misshandelt, vergewaltigt, mit Drogen gefügig gemacht. Sie

tragen hohe gesundheitliche Risiken, sind eingesperrt, isoliert, werden ihrer Würde beraubt. Ein Entkommen ist kaum möglich, denn bei der Einreise werden ihnen alle Papiere abgenommen. Bevor sie einen Cent verdienen, müssen sie ihre „Reisekosten“ abarbeiten. Nur besonders mutige Frauen wehren sich dann noch – bis sie erpresst werden: Die Zuhälter drohen mit der Ermordung ihrer Kinder und Angehörigen in den Heimatländern.

Zwangsprostitution ist für das organisierte Verbrechen ein Milliardengeschäft bei geringem Risiko, so lukrativ wie Drogenhandel, aber schwerer nachzuweisen. Dieses Riesengeschäft wäre ohne die Freier nicht möglich, und so darf der Aspekt der „Nachfrage“ nicht aus dem kritischen Blickfeld geraten. Gleichzeitig sind es oftmals diese „Kunden“, die den Unterschied von freiwilligen und gezwungenen Prostituierten erkennen und – bei entsprechender Sensibilisierung – zur Aufdeckung von Missständen beitragen können.

Es war Schwester Dr. Lea Ackermann, die Vorsitzende der bekannten Hilfsorganisation Solwodi e.V., die nach einem erschütternden Vortrag im Februar vor der WM den Anstoß zur Ausstellung gab. Solwodi kümmert sich nicht nur in Deutschland um Prostituierte, hat Jahrzehnte lange Erfahrung, kennt das Leid dieser Frauen. Schwester Lea berichtete,

wie große sportliche Events, Frauenhandel und Zwangsprostitution inzwischen fast zusammen gehören.

Die Ausstellung wurde viel beachtet und dann anlässlich des Münchner Oktoberfestes an prominentem Ort wiederholt. In der Galerie vor seinen Amtsräumen im Münchner Rathaus eröffnete der Oberbürgermeister Christian Ude selbst sie ein zweites Mal unter dem Titel *Mitten unter uns – Frauenhandel und Zwangsprostitution*.



**BERLIN**

**Männliche Sozialisation und Gewalt**

Die Gewalt unter Jungen und männlichen Jugendlichen nimmt dramatisch zu. Neun von zehn Tatverdächtigen von Gewaltdelikten sind männlich, sieben von zehn Opfern von Gewalt ebenfalls. Während des Heranwachsens spielt Gewalt eine massive Rolle für Jungen und prägt ihre Lebenserfahrungen. Dieser Problematik widmete sich das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin zusammen mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

Zwei Tage lang diskutierten rund 200 PraktikerInnen mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und erfahrenen MitarbeiterInnen der Jugendhilfe. Besonders für Jugendliche mit bikulturellem Hintergrund sei es unverzichtbar, ihnen Wertgefühl und Anerkennung zu vermitteln. Wichtig wären, so wurde in den Workshops herausgearbeitet, spezielle Fortbildungsangebote für LehrerInnen. Vorgeschlagen wurden „Boys’ Days“ zum Kennenlernen sozialer Berufe. Einigkeit herrschte darüber, dass nur vernetzte Arbeit unter Einbeziehung der Eltern erfolgreiche Gewaltprävention möglich mache.



**BERLIN**

**Das ewige Tabu? Sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Kontext von Flucht und Vertreibung**

Lebenslange Traumatisierungen sind die Folgen der sexualisierten Gewalt, die in Zeiten von Krieg und Vertreibung bittere Frauenrealität waren und sind. Diese Menschenrechtsverletzungen werden von den militärischen Führungen oft geduldet, ja sogar systematisch zur Demoralisierung der Bevölkerung als Kriegswaffe eingesetzt wie zum Beispiel in den neunziger Jahren im ehemaligen Jugoslawien. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in den Konzentrationslagern und auf allen Seiten der Fronten Hunderttausende von Frauen – manche HistorikerInnen sprechen sogar von Millionen – Opfer von Massenvergewaltigungen. Macht, Unterdrückung und Herrschaftsansprüche werden auf diese brutale Weise manifestiert.

Während einer Veranstaltung des Forums Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der Frauenrechtsorganisation medica mondiale wurde in allen Beiträgen betont, wie sehr die Frauen neben den direkten körperlichen und seelischen Folgen dauerhaft unter Stigmatisierung und Ausgrenzung leiden. Die Ärztin Monika Hauser, Gründerin von medica mondiale, weiß aus ihrer Arbeit und aus vielen Briefen von Frauen, dass es die Opfer sind und nicht die Täter, die Scham empfinden und sich schuldig fühlen. Gerade die Tabuisierung in der Öffentlichkeit – und damit oftmals auch die fehlende strafrechtliche Verfolgung der Täter! – führe immer von Neuem

dazu, dass die Verbrechen massive Auswirkungen nicht nur auf das eigene Leben der Frauen haben, sondern auch auf das ihrer Familien, ihr soziales Umfeld und selbst auf die Folgegenerationen. Kritisiert wurde, dass Frauen und ihre Erfahrungen oft vom kollektiven Gedächtnis und von jeder Erinnerungskultur ausgeschlossen würden. Die Tatsache, dass über das Leid dieser Frauen schlicht hinweggeblickt werde, führe vor allem im Alter verstärkt zu neuen Traumatisierungen, weil die Verdrängung dann nicht mehr gelinge. Das hänge auch damit zusammen, dass die Frauen niemals Gehör oder gar Wiedergutmachung erfahren hätten. Die Tatsache, dass über 400 TeilnehmerInnen der Einladung gefolgt waren, zeigt deutlich, wie dringend der Wunsch nach öffentlicher Aufarbeitung dieses Themas ist.



## BERLIN

### Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen



Migrantinnen, und hier vor allem Türkinnen, sind etwas häufiger Opfer von häuslicher Gewalt als deutsche Frauen. Lange Zeit wurde das Thema Gewalt gegen Migrantinnen nur unter den Aspekten Zwangsheirat, Unterdrückung und Ehrenmorde diskutiert. Warum das so ist, erklärte während einer Veranstaltung der FES in Berlin eine Referentin aus dem zuständigen Bundesministerium: Man habe die Gefahr des Missbrauchs in der politischen Debatte gefürchtet. Allzu leichtfertig werde das Thema dazu genutzt, Migranten als gefährlich und gewalttätig einzustufen. So ist es also ein ständiger Balanceakt, einerseits die Gewalt sichtbar zu machen, keinesfalls zu tolerieren, und

andererseits zu verhindern, dass sie als Argument gegen Einwanderung missbraucht werde. Das große Problem der Frauen, die dringend Hilfe bräuchten, seien ihre mangelnden Sprachkenntnisse, ihre Unwissenheit über Organisationen wie z. B. Frauenhäuser, bei denen sie Hilfe finden, ihre niedrigen Bildungsabschlüsse und ihr – oft an die Ehe mit dem gewalttätigen Mann gebundener – Aufenthaltsstatus. Wichtig sei deshalb Beratung vor Ort, rasche Reaktion auf Hinweise von Nachbarn oder Polizei, schneller Zugang zu kostenloser Rechtsberatung, ein zentraler Sprachvermittlungsdienst und – so schwierig wie wichtig – Arbeit mit den Tätern.

**ECUADOR**

**Teilhabe der Frauen an der Macht**

Veranstaltungen und ein Faltblatt mit Aktionsplan und Forderungen zu Verfassungsreformen mit Genderperspektive stehen im Mittelpunkt der frauenpolitischen Arbeit in Ecuador.

Der Hintergrund ist folgender: Nach dem Wahlsieg der Linkskoalition unter Präsident Correa gibt es in der Bevölkerung eine große Zustimmung für eine verfassungsgebende Versammlung. Eine Volksabstimmung soll die Forderungen unterstützen. In der geplanten Verfassungsversammlung werden die Rechte der Frauen, ihre Beteiligung am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, eine entscheidende Rolle spielen. Somit stehen eine neue Verteilung von Macht bzw. eine Veränderung der Machtverhältnisse in Frage.

Es besteht allerdings nicht nur die Chance, die Beteiligungsrechte der Frauen zu stärken, sondern es gibt auch das Risiko, dass die erst 1998 ausgebauten Rechte wieder beschnitten werden. CONAMU und ILDIS-FES werden daher die 2006 begonnene Arbeit mit Veranstaltungen zu Verfassungsreformen fortsetzen, um die Frauen zu unterstützen.



**BONN**

**Ohne Beteiligung der Frauen kein dauerhafter Frieden**

Die UN-Generalversammlung und der UN-Sicherheitsrat beschlossen im Dezember 2005 die Gründung einer Kommission zur Friedenskonsolidierung. Die Resolution zur „Peacebuilding Commission“ fordert unter anderem die Einbeziehung der Genderperspektive und die Beratung durch die Zivilgesellschaft, vor allem durch Frauenorganisationen.

Bevor dieses Gremium seine Arbeit aufnahm, begann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (in Zusammenarbeit mit UNIFEM, dem UN-Entwicklungsfonds für Frauen) ein Dialog mit politischen EntscheidungsträgerInnen. ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft in Deutschland, aus den zuständigen Ministerien

und aus Konfliktregionen trafen sich zu einer spannenden öffentlichen Debatte.

Wichtigste Forderung der Teilnehmerinnen war: Die Konsultationsmechanismen für zivilrechtliche Akteure müssen verbindlich festgelegt werden. Kritisiert wurde, dass die Kommission sich zu sehr auf „Post-conflict-peacebuilding“, also auf den Wiederaufbau nach dem Ende von Auseinandersetzungen, festgelegt hat anstatt auf Prävention zu setzen, wie es ursprünglich geplant war. Auch deshalb warnten die Expertinnen davor, allzu große Erwartungen in die Kommission zu setzen. Thelma Ekiyor vom Kapstadter Center for Conflict Resolution setzt gro-

**Heidemarie Wiezcorek-Zeul, MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:**



In vielen Ländern befinden sich Frauen in einer vergleichsweise schwachen Situation. Deshalb wollen wir Frauen den Rücken stärken, indem wir dazu beitragen, ihre Rechte zu stärken. Außerdem wollen wir mit dazu beitragen, dass Gesetze so geändert werden, dass die rechtliche Situation von Frauen verbessert wird.

ße Hoffnungen auf die Arbeit mit Frauen. Es müsse gelingen, endlich den Jahrzehnte langen Ausschluss von Frauen aus Friedensprozessen zu korrigieren. „Die Kommission kann nur erfolgreich arbeiten, wenn die Beteiligung der Frauen nicht auf sogenannte Frauenangelegenheiten beschränkt wird. Es geht um Sicherheit für alle Menschen, ohne die es keinen nachhaltigen Frieden geben wird.“ Ruth Oijambo von der internationalen Frauenorganisation Isis in Uganda ergänzte, die Frauen müssten die Männer mobilisieren, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Wichtig sei auch, dass die Peacebuilding Commission sich mit den vielfältigen Ursachen von Konflikten beschäftige.

Eine Sorge wurde immer wieder laut: Die heute schon schwachen Strukturen in vielen afrikanischen Ländern könnten durch die Arbeit der Peacebuilding Commission weiter geschwächt werden, falls die Regierungen und die BürgerInnen aus der Selbstverantwortung für Friedensprozesse entlassen würden. Das gelte ebenso für das Konzept „Responsibility to Protect“, also um die Verantwortung für den Schutz der BürgerInnen. Dieses Konzept sieht vor, dass die Pflicht zum Schutz der Menschen auf die internationale Gemeinschaft übergeht, falls der Staat nicht willens oder nicht in der Lage ist, seine BürgerInnen zu schützen. Thelma Ekiyor betonte nachdrück-

lich, es sei in erster Linie die Aufgabe der Nationalstaaten, für den Schutz ihrer BürgerInnen zu sorgen. Aus ihrer Sicht haben die Vereinten Nationen bisher bei Interventionen kaum zur Lösung der Probleme beigetragen, da es am langen Atem, also dem langfristig angelegten Aufbau staatlicher Strukturen stets gefehlt habe. Sie möchte – ebenso wie ihre Kollegin aus Uganda – deshalb eher auf die Einbindung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure setzen.

Die Hoffnung der Afrikanerinnen richtet sich auch auf Europa, speziell auf Deutschland, wie beide beton-

ten. Einerseits könnten Organisationen aus dem Norden und ihre lokalen Partner die Debatten in den Hilfe suchenden Ländern selbst beeinflussen, um einen Dialog in diesen Ländern zu ermöglichen. Andererseits könnten diese Organisationen einen wichtigen Beitrag zur Friedensstiftung leisten, indem sie ganz gezielt zur Meinungsbildung in ihren eigenen Heimatländern beitragen. Bis heute fehle es an Informationen über den Stand der Debatten, über die Fortschritte und die Friedenshoffnungen in den südlichen Ländern.



## POLEN

### Kampf dem Frauenhandel

Obwohl in Polen schon seit elf Jahren eine energische Kampagne zur Vorbeugung und Bekämpfung des Frauenhandels geführt wird, kann das lukrative Geschäft nur schwer eingedämmt werden. Große Verdienste hat hier die Stiftung La Strada, die Partnerin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau ist. Die Erfahrungen der gemeinsamen zehnjährigen Arbeit wurden jetzt in einem Trainer-Handbuch unter dem Titel *Prävention des Menschenhandels* zu-

sammen mit einer CD-Rom veröffentlicht. Die FES Warschau hat das Projekt gefördert, unterstützt La Strada auch bei der Schulung von Polizei, Grenzschutz, Staatsanwaltschaften und LehrerInnen und versucht, potenzielle Opfer aufzuklären. Es zeigt sich immer wieder, dass die in mehreren „alten“ EU-Ländern eingeführte Freizügigkeit für polnische ArbeitnehmerInnen ihre Schattenseiten hat. Junge Frauen werden unter der Vorspiegelung einer attrak-

tiven Arbeitsstelle ins Ausland gelockt und dann zur Prostitution gezwungen. Allein in Großbritannien wird die aktuelle Zahl der Zwangsprostituierten aus den mittelosteuropäischen Ländern, vor allem aus Polen und der Ukraine, auf 60.000 Frauen geschätzt.

### LEKTÜRETIPP

Die Gewerkschaft ver.di und die FES Berlin haben nach einer gemeinsamen internationalen Konferenz ein Buch herausgegeben. Differenziert wird in zahlreichen Beiträgen über Prostitution, Frauenhandel und Zwangsprostitution diskutiert.

Emilija Mitrovic (Hg.):  
**Prostitution und Frauenhandel.**  
 Die Rechte von Sexarbeiterinnen stärken! Ausbeutung und Gewalt in Europa bekämpfen! Hamburg 2006.  
 ISBN 3-89965-191-X



## USA

### Menschenhandel und Opferschutz

In einem gemeinsamen Workshop mit der US-Botschaft diskutierten deutsche und amerikanische ExpertInnen über eine effektive Bekämpfung des Menschenhandels. In den USA gibt es sehr weitgehende Programme für den Opferschutz. Frauen werden aus ihrem gewohnten Umfeld herausgeholt und sie bekommen für einen neuen Start finanzielle Hilfen. Rechtsberatung, medizinische Versorgung und Hilfe bei beruflicher Neuorien-

tierung haben schon vielen Frauen geholfen. Einwanderinnen, die mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten, erhalten zudem ein besonderes Visum.

In Deutschland dagegen hängt die Finanzierung von Opferschutzprogrammen eng mit dem Aufenthaltsstatus der Frauen zusammen. Einen Aufenthaltstitel gibt es in der Regel nur bis zum Ende eines Prozesses gegen die Täter. Das gemeinsame Pro-

blem ist: Wie erkennt man Opfer von Menschenhandel, wie spricht man sie an? Häufig werden sie wie Kriminelle behandelt und es wird außer Acht gelassen, dass sie unter Zwang ins Land gekommen sind. In den USA wurde eine besondere Hotline für die Opfer eingerichtet und festgenommene Täter müssen in einen Fonds einzahlen. Mit diesen Mitteln wird die Arbeit von NGOs zugunsten der Opfer von Menschenhandel finanziert.

## JAMAICA

### Morde, Vergewaltigungen, Inzest, AIDS – die Gesellschaft zerfällt

Die Situation in Jamaika ist dramatisch und das hat vor allem mit wachsender Armut und dadurch steigender Kriminalität zu tun. Besonders betroffen sind Frauen. Ausbildung und Beratung im sozialpolitischen Bereich machen deshalb einen beträchtlichen Teil der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jamaikas Hauptstadt Kingston aus. Dazu gehört neben der Kooperation mit frauenpolitischen Institutionen die Einbeziehung von AusbilderInnen und LeiterInnen der Organisationen für Jugendliche. Die FES unterstützt zudem die geplanten Reformgesetze des Parlaments und die Arbeitsmarktprogramme der Regierung. Weiter gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Polizei- und Justizbehörden. Da diese Programme weit über die materiellen Möglichkeiten der Stiftung in Jamaika hinausgehen, hat sich eine enge Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Einrichtungen eingespielt.

Jamaika ist inzwischen zu einem der Länder mit den höchsten Verbrechensraten geworden. Mord, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, In-



zest, sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz und die Ausbreitung von AIDS gehören zum Alltag eines großen Teils der armen Bevölkerung. Über 40 Prozent der Familienhaushalte müssen ohne Männer und Väter auskommen. Die alleinerziehenden Frauen leiden besonders unter der dramatischen Verarmung des Landes. Diese wiederum hängt mit der Globalisierung der Wirtschaft zusammen. Wie in den meisten anderen Karibikstaaten auch konnte die Wirtschaft Jamaikas mit der internationalen Konkurrenz nicht mithalten. Drogen- und Waffenschmuggel sind deshalb an der Tagesordnung. Die Situation wird verschärft durch die Ausweisung Krimineller mit jamaikanischer Staatsangehörigkeit aus den Gefängnissen der USA und Großbritanniens. In den vergangenen 15 Jahren wurden mehr als 33 000 Strafgefangene zurückdeportiert, mehr als die Hälfte von ihnen ist wieder kriminell geworden. In den staatlichen Schulen breitet sich Analphabetismus aus. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt nach offiziellen Zahlen bei über 42 Prozent. In den zahlreichen Arbeitsprogrammen der Stiftung geht es deshalb vor allem um folgende Themen:

- Reformen im Gerichtswesen bei der Behandlung von Gewaltverbrechen gegen Frauen.
- Öffentliche Diskussion des Gesetzentwurfs gegen sexuelle Belästigung.
- Stärkung der Selbstverwaltungskapazitäten auf lokaler Ebene im



Umgang mit Kriminalität, vor allem bei der Gewalt gegen Frauen.

- Hilfe bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, bei der Beseitigung von Defiziten in den Schulen, bei der Verbesserung der sanitären Verhältnisse.

Öffentlich diskutiert werden die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Liberalisierung in den Ländern der Karibik auf die Lebenssituation von Frauen. Die Leiterin der Stiftung in Kingston arbeitet inzwischen als regionale Fachexpertin für die Länder der Karibik bei internationalen ExpertInnentreffen mit.

Im Jahr 2006 gab es zusammen mit anderen nationalen und internationalen Frauenorganisationen und WissenschaftlerInnen mehrere Veranstaltungen mit der Premierministerin, mit dem Minister für auswärtige Beziehungen, dem Generalstaatsanwalt, dem Obersten Richter des Landes und mit der Vereinigung der Rechtsanwälte. Alle diese Gespräche wurden im Fernsehen und im Radio übertragen.



## Gespräch mit Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

*Unter Menschenrechtsverletzungen leiden Männer, Frauen und Kinder gleichermaßen. Es gibt aber darüber hinaus Leid, das vor allem den Frauen angetan wird. Was bedrückt Sie besonders bei Ihrer Arbeit im Menschenrechtsausschuss?*

Wo anfangen und wo aufhören? In Bürgerkriegen wie zur Zeit in Darfur werden gezielt weibliche Kindersoldaten eingesetzt und auf schreckliche Weise missbraucht. Im mittleren und südlichen Afrika gibt es nach wie vor Genitalverstümmelungen. Frauen werden in Kriegen und Bürgerkriegen gequält und vergewaltigt, um die Moral des Gegners zu schwächen. Das passierte vor wenigen Jahren noch in Europa, wenn Sie an die Balkankriege zurückdenken. In vielen Ländern gibt es für Frauen keine sexuelle Selbstbestimmung. Sie werden mit Aids infiziert, weil die Männer Kondome verweigern. Sie werden – oft schon als Kinder – in Bordelle verkauft. Unter dem Stichwort Bevölkerungskontrolle werden sie – nicht nur in einigen Ländern Asiens – zu Abtreibungen gezwungen und es gibt immer noch Zwangssterilisierungen. Zu den Menschenrechtsverletzungen gehört es auch, wenn Mädchen der Zugang zur Bildung verweigert wird. Es gibt sehr viel mehr weibliche als männliche Analphabeten, weil schon kleine Mädchen, anstatt in die Schule zu gehen, Feldarbeit leisten oder auf die jüngeren Geschwister aufpassen müssen.

Wenn das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser nicht eingelöst werden kann, leiden die Frauen mehrfach: Sie leiden mit ihren Kindern, die sie nicht versorgen können. Sie versuchen, unter unsäglichen äußeren Umständen die Minimalversorgung der Familie zu sichern. Sie schufte bis zur körperlichen Erschöpfung – und viel zu frühem Tod –, um Brennholz herbei zu schaffen, Wasser von weit her zu holen oder der ausgedörrten Erde ein paar Feldfrüchte abzurufen. Wenn Nahrung, Wasser, Medikamente nicht ausreichen, denken die Frauen an sich selbst zuletzt.

*In vielen Ländern sind die Frauen marginalisiert. Kann internationale Frauen-Solidarität ihnen helfen?*

Oh ja, oft genauso erfolgreich wie etwa die Arbeit von amnesty international politischen Gefangenen hilft. Diktaturen lassen sich nicht gerne dabei ertappen, dass sie auch die selbstverständlichsten Menschenrechte missachten. Es ist deshalb extrem wichtig, Öffentlichkeit herzustellen, wie das viele Organisationen ja auch tun, von den politischen Stiftungen über medico international und Marie-Schlei-Verein bis zu NGOs wie etwa Terre des Femmes. „Person to person“, also ganz direkte Graswurzelarbeit bewährt sich immer wieder.

*Frauen werden zwangsverheiratet, wegen ihrer Mitgift umgebracht, zur Prostitution gezwungen, mit Hungerlöhnen*

*abgespeist. Können Menschenrechtsdialoge hier Abhilfe schaffen oder wenigstens kleine Fortschritte zu Gunsten der Frauen erzielen?*

Ja, denn – noch einmal, man kann das gar nicht oft genug betonen – es wird dadurch Öffentlichkeit hergestellt. Auch Diktatoren stehen nicht gerne am Pranger. Firmen, die ihre Produkte im Westen verkaufen wollen, lassen sich nicht gerne als Lohn-diebe anklagen, die Hungerlöhne zahlen oder Kinder beschäftigen. Zwangsehen: Das ist auch ein innerdeutsches Problem. Die Frauen werden in ihren Heimatländern zwangsverheiratet und kommen dann nach Deutschland. Sie brauchen einmal einen eigenen Aufenthaltstitel, denn oft sind sie gezwungen, in einer qualvollen Ehe zu bleiben, weil sie mit einer Scheidung auch das Aufenthaltsrecht verlieren würden. Die Frage ist auch: Müssen wir Ehen anerkennen, die durch Zwang zustande gekommen sind? Die Frauen aber werden sich nur dann Hilfe suchen, wenn die Folge nicht die für sie katastrophale Ausweisung und die erzwungene Rückkehr in eine Familie ist, die sie kaum wieder aufnehmen wird.

*Arbeitsmigration ist heute überwiegend weiblich und oft kommen die Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung, sind von Ausweisung bedroht. Jeder weiß, im privaten Dienstleistungsbereich sind sie unverzichtbar und ihr Verdienst in Deutsch-*

*land hilft wiederum den Familien zu Hause beim Überleben. Die Politik aber verhält sich, als gäbe es sie nicht, schüchtert die Schattenexistenzen höchstens durch regelmäßige Razzien mit darauf folgenden Ausweisungen ein. Ein Thema für MenschenrechtspolitikerInnen?*

Ja. Sie werden gebraucht, sie erwirtschaften unseren Wohlstand mit, sie werden oft genug ausgenutzt und jeder macht die Augen zu. Es gibt Hilfsorganisationen wie „medinetz“, ich nenne sie ganz bewusst meine MitstreiterInnen, die sich um diese Menschen ohne Papiere kümmern, Frauen eine sichere Geburt ermöglichen, Kindern Impfschutz zukommen lassen, in akuten Notfällen Ärzte an der Hand haben, die helfen. Wir im Bundestagsausschuss für Menschenrechte versuchen immer wieder, die zuständigen Behörden zu bewegen, Hilfe und Unterstützung zu geben. Wir möchten gerne, dass die Kinder wenigstens zur Schule gehen können, wie die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen das vorsieht. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, das gilt auch für Kinder, deren Eltern ohne ausländerrechtlich legalen Aufenthalt bei uns leben. Weiter muss es auch für diese Menschen möglich sein, bei Krankheit ganz legal einen Arzt aufzusuchen. Und sie müssten sich vor Gericht bei Mietwucher oder Ausbeutung durch den Arbeitgeber wehren können. Alles das geht heute nicht, weil immer dann, wenn sie diese Menschenrechte in An-

spruch nehmen, Meldung ans Ausländeramt droht und danach die Abschiebung in ihr Heimatland. Dort hin aber können sie nicht zurück, weil es wegen Armut, Bürgerkrieg oder Naturkatastrophen keine Zukunft für sie gibt.

*In vielen sogenannten Entwicklungsländern sind es Frauen, die couragiert auf Missstände hinweisen, sich in Lebensgefahr begeben. Wie können PolitikerInnen aus glücklicheren Ländern sie unterstützen?*

Ich habe viele solche starken Frauen kennengelernt, selbst in Ländern wie Saudi-Arabien, im südlichen Afrika, in Marokko. Man muss sie besuchen, öffentlich ihre Arbeit loben, auch auf Regierungsebene bei Besuchen deutlich machen, wie sehr man sie schätzt. Das hilft ihnen sehr bei ihrer gefährlichen Arbeit.

*Viele reden zur Zeit über die Peacebuilding Commission der Vereinten Nationen. Welche Rolle spielen die Frauen dabei – und welche Rolle sollten sie spielen?*

Ja, das ist eines meiner Lieblingsthemen, vielen Dank! Die Peacebuilding Commission ist eine der Großtaten von Kofi Annan gewesen. Leider ist es aber immer noch leichter, Geld zu organisieren für militärische Einsätze als für viel weniger spektakuläre, aber extrem wichtige Hilfen zum Aufbau von Zivilorganisationen oder

zur Vorbeugung von Konflikten. Dabei ist eine intensive Frauenbeteiligung selbstverständlich wichtig, denn Frauen sind zuständig für das Alltagsleben, sie denken praktisch, sie wissen was nötig ist, um Konflikte zu beenden und auf den Trümmern neues Leben aufzubauen.

Noch wichtiger ist ihre Arbeit bei der Vermeidung von Konflikten, denn sie wissen, wann sich etwas zusammenbraut und haben (zumindest möchte ich das optimistisch glauben) Einfluss auf ihre Männer. Frauen könnten, wenn man ihnen nur zuhören würde, wirkungsvolle Frühwarnsysteme sein.

## Emanzipation und Tradition



Sie wollen nicht festgelegt werden auf Rollenklischees nach der Art: Türkin = Kopftuch = unterdrückt. In mehreren Veranstaltungen hat die Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 gezeigt, wie vielfältig das Bild der Musliminnen in Deutschland und Europa ist. Türkische Wurzeln haben Bundestagsabgeordnete wie die Kölnerin Lale Akgün. Zu Hause in zwei Welten (und immer häufiger vor allem in einer, der deutschen) sind Unternehmerinnen, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen, Anwältinnen, Kabarettistinnen, Sozialarbeiterinnen und hochqualifizierte Technikerinnen. Immer wieder machen ExpertInnen darauf aufmerksam, dass es zwar durchaus Probleme mit Fundamentalisten und mit einer konservativen Koranauslegung gibt, doch vieles, was dem Islam angelastet wird, hat auch mit der sozialen und ökonomischen Situation der Familien zu tun.

Und – so wurde immer wieder geklagt bei den Veranstaltungen – mit einem durch die Medien verbreiteten Bild, das nur eine Seite der Realität zeigt, nach dem Motto: Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Und so bilden sich Vorurteile, die hartnäckig haften. Da passt dann ein Leben wie das der Berliner Frauenrechtlerin und Juristin Seyran Ates nicht ins Klischee: Sie lebt als alleinerziehende Mutter in Berlin, nach Jahren voller Auseinandersetzungen geborgen in ihrer Familie, immer gefährdet, weil sie schreibend, redend, vor Gericht kämpfend gegen islamischen Fundamentalismus vorgeht. Doch es gibt nicht nur Ausnahmefrauen wie sie. Es gibt ganz normale bürgerliche Frauenkarrieren, die sich nur durch eines von denen deutscher Frauen unterscheiden: Türkische Karrierefrauen werden immer noch als Exotinnen bestaunt und zu wenig als Teil der deutschen Normalität in einer Einwanderungsgesellschaft wahrgenommen.



## STUTTGART

## Karikaturen und Kabarett

So geht es also auch: Bei einer bunten und bei allem Ernst des Themas heiteren und unterhaltsamen Veranstaltung des Fritz-Erlers-Forums in Baden-Württemberg loteten Deutsche und TürkInnen einmal nicht aus, was sie trennt, sondern was sie verbindet. Es gab eine Lesung, eine Podiumsdiskussion, politisches Kabarett und eine Karikaturenausstellung des Künstlers Erdogan Karayel, der aus Istanbul stammt und seit vielen Jahren in Deutschland lebt. Der international angesehene und mit vielen Preisen bedachte Künstler setzte sich mit der 2006 aktuellen Diskussion um die Mohammed-Karikaturen auseinander. *Karikaturisten zwischen Pressefreiheit und Selbstzensur* lautete der Titel der Ausstellung und im sogenannten Kampf der Kulturen setzt Erdogan Karayel auf befreiendes – und verbindendes – gemeinsames Lachen.

Die Schriftstellerin Hilal Sezgin, in Frankfurt geboren, las aus ihrem neuen Buch *Typisch Türkin?*. Sie lässt eine neue Generation zu Wort kommen und benennt präzise die besonderen Probleme dieser 25- bis 45-Jährigen, die entweder in Deutschland geboren wurden oder als kleine Kinder hierher kamen. In ihrem Buch beschreibt sie junge Frauen, die sich kaum noch als Türkinnen fühlen und täglich den Spagat zwischen Integration und der Suche nach eigener Identität erleben.

Die Bundestagsabgeordnete Ute Kumpf, Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der



Azize Tank (Migrantenbeauftragte)

SPD-Bundestagsfraktion, beklagte, dass die Kulturgeschichte der Türkei in Deutschland viel zu wenig bekannt sei, obwohl inzwischen ein Drittel aller hier aufwachsenden Kinder einen Migrationshintergrund habe. Auf die Fragen: Wie funktioniert Integration? Was läuft falsch?, lautete ihre Antwort: „Sprache lernen, Sprachkurse sind der Integrationsfaktor Nr. 1“. Ute Kumpf forderte die MigrantInnen auf, politisch aktiver zu werden, oft genug würden sie ihre kommunalpolitischen Rechte zu wenig wahrnehmen. Auch dies aber ist eine Sache auf Gegenseitigkeit: Es sei Aufgabe aller demokratischen Parteien, die MigrantInnen zu aktiver Teilhabe einzuladen.

Ironie und Improvisation aus der Situation heraus sind die Stärken der deutsch-türkischen Stand-up-Comedian Senay Duzcu. Die ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich mit den Kulturunterschieden, ist bei allem Witz hochpolitisch und bringt damit Bewegung in eingefahrene und nur scheinbar unverrückbare Positionen. Ihr Credo: „Der kürzeste Weg zwischen zwei Menschen ist ein Lächeln.“

## BERLIN

## Typisch Türkin?

Der deutsche Pass ändert noch lange nichts am „Ausländer-Sein“, das war die Bilanz einer Podiumsveranstaltung des Forums Politik und Gesellschaft in Berlin. Türkische und deutsche Expertinnen tauschten sich aus, diskutierten die Stereotypen, denen junge Frauen türkischer Herkunft in Deutschland immer noch begegnen. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft bleibe bei ihren Vorurteilen und habe nur ein bestimmtes Wahrnehmungsmuster für türkische Frauen, wurde beklagt und mit Beispielen belegt. Die Definition, was türkisch sei, erfolge vor allem anhand negativ besetzter Begriffe und werde der Mehrheit der jungen Deutsch-Türkinnen nicht gerecht. Diese Projektionen der Mehrheitsgesellschaft erschwerten die Integration.

Die Frauen kritisierten auf dem Podium und im Plenum die Berichterstattung in den Medien. Das klassische Bild der Türkin sei dort eben nicht die junge, erfolgreiche, integrierte, im deutschen Bildungssystem sozialisierte Karrierefrau, sondern die unterdrückte Frau mit Kopftuch. An diesem lebhaften Abend wurde deutlich: Typisch Türkin, das gibt es nicht mehr. Die alten Schablonen sind nicht nur untauglich, sie tun auch Unrecht und verletzen.

**BERLIN**

**Rollenbilder in den Religionen**



Karin Schubert, Dr. Christine Bergmann

Vertreterinnen von vier Glaubensrichtungen trafen sich bei der FES in Berlin zu einem interreligiösen Frauendialog. Unter anderem diskutierten bei der zusammen mit dem Marie-Schlei-Verein organisierten Veranstaltung Barbara Traub, ehemalige Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur, Magdalena Bogner, Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands und die evangelische Theologin Johanna Haberer von der Universität Erlangen. Oftmals geschehe es ganz unbewusst, dass religiöse Traditionen die Vorstellungen von Werten und Moral prägen, erklärten die Expertinnen. Eine gegenseitige Beeinflussung von Religion und Gesellschaft sei insbesondere im Verhältnis von Mann und Frau zu beobachten. Häufig seien religiöse Rollenbilder die Ursache von Diskriminierung der Frauen – und das gelte nicht nur für

den Islam. Die Vertreterinnen von vier verschiedenen Glaubensrichtungen versuchten auf dem Podium die Frage zu klären, wie weit sich das Frauenbild in den verschiedenen Religionen ähnelt beziehungsweise unterscheidet und welche Konsequenzen dies für die Stellung der Frauen in der Gesellschaft hat.

Übereinstimmung herrschte, dass das Frauenbild in den Quellen der drei großen monotheistischen Religionen große Ähnlichkeiten aufweist. Ob die vier Erzmütter, Jesus Gefährtin Maria Magdalena oder Mohammeds Tochter Fatima – in den Texten fänden sich viele starke Frauen, die Vorbilder einer geschlechtergerechten Religion sein können. Die Islamwissenschaftlerin wies darauf hin, dass zum Zeitpunkt seines Entstehens der Koran sozialrevolutionäre feministische Botschaften vertreten habe. Frauenfeindliche Tendenzen seien erst im Laufe der Jahrhunderte hineininterpretiert worden. Das damalige Fortschrittsdenken müsse analog auf die heutige Situation an-

gewendet werden. Katajun Amirpur forderte die Musliminnen auf, eigene Korandeutungen vorzulegen. Für die Katholikin Magdalena Bogner ist die Kirchengeschichte eine Leidensgeschichte der Frauen. Bis heute würden in ihrer Kirche Frauen in vielen Bereichen ausgegrenzt. Die Mehrheit der katholischen Frauen halte den Zölibat und den Ausschluss der Frauen vom Priesteramt für überholt. Barbara Traub wiederum bat, man solle das orthodoxe Judentum nicht negativ sehen, weil es bis heute Frauen nicht zu religiösen Ämtern zulasse. Für viele Menschen stelle diese Tradition besonders in der Diaspora einen wichtigen Teil ihrer Identität dar und gebe ihnen Halt. Die evangelische Theologin wiederum nannte die Ausgrenzung der Frauen eine „Selbstschwächung“ der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Als Pfarrerin und Universitätspredigerin habe sie erlebt, wie positiv Frauen auf weibliche Geistliche reagieren, da nur sie eine weibliche Perspektive einbringen könnten.



Dr. Katajun Amirpur (FU Berlin)



**Dr. Lale Akgün**, MdB, Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion:

Die Emanzipation soll sich nicht gegen die Religion stellen, aber alleine theologische Uminterpretationen werden auch nicht den gewünschten Erfolg erzielen. Schließlich ist auch der Schwangerschaftsabbruch nicht durch eine päpstliche Enzyklika straffrei gestellt worden. Es wird bei diesem Kampf immer auch um das Angreifen der Machtposition von Männern, vor allem von Fundamentalisten, gehen. Und das können wir als Frauen nur gemeinsam schaffen.

## BONN

### Menschenrechte haben keine Religion und kein Geschlecht

Ein eindeutiges Ja für einen neuen globalisierten Feminismus: Die Bundestagsabgeordnete Lale Akgün, SPD, beschloss ihren Beitrag mit diesem Plädoyer für eine interkulturelle und interreligiöse Allianz zur Durchsetzung von Frauenrechten. *Zwischen Fundamentalismus und Feminismus* lautete das Thema einer Konferenz im Bonner Haus der FES. Lale Akgüns Aussage, religiöser Fundamentalismus diene oft nur als Instrument, um patriarchalische Gesellschaftsstrukturen zu erhalten, wurde von den anderen Expertinnen geteilt. Am Beispiel des Christentums, des Islams und des Buddhismus wurde herausgearbeitet, dass Fundamentalisten sich religionsübergreifend einig sind, sobald es gegen Frauenrechte geht.

„Erinnern wir uns an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking“, so eine der Referentinnen, „dort kämpften islamisch orientierte Länder wie der Iran Seite an Seite mit dem Vatikan, wenn es um die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen ging“. Damals isolierten sich die Verfechter solcher Ideen noch, doch seither hat der religiöse Fundamentalismus weltweit zugenommen. In den USA sind die fundamentalistischen Megakirchen innerhalb von zwanzig Jahren von einem Randphänomen zur bestimmenden Kraft im religiösen Leben geworden – und zu einem politischen Machtfaktor.

In allen Fundamentalismen wird eine untergeordnete Rolle der Frau als gottgewollt begründet. Die Fundamentalisten versuchen, die Trennung

von Kirche und Staat aufzulösen. Der Staat soll ihre religiösen und moralischen Vorstellungen umsetzen. In der Konsequenz, so die Referentin Johanna Holzauer, bedeutet das: Die rechtliche Gleichstellung der Frauen und alle Gesetze, die diese sichern, sollen abgeschafft werden. Bei der Tagung wurde daran erinnert, dass es auch in Deutschland inzwischen christlich-fundamentalistische Parallelgesellschaften gibt. Ihre Mitglieder lehnen die Gleichberechtigung ab und ihre Kinder nehmen weder am Sexualkundeunterricht noch am Schulsport teil.

Franziska Brantner, Sprecherin der jungen Frauen bei der UN-Frauenrechtskommission, beschrieb die massiven Versuche der christlichen Fundamentalisten, Einfluss zu nehmen. Das Repertoire reichte bei der Nachfolgekonferenz von Peking dabei von Einschüchterung der Delegierten bis zur massiven finanziellen Unterstützung von Staaten, die bereit waren, Fundamentalistinnen als NGO-Vertreterinnen in ihre Regierungsdelegationen aufzunehmen. Auch auf europäischer Ebene habe sich das Kräfteverhältnis seit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten eindeutig nach rechts verschoben. Die Frauenrechtsarbeit werde verlangsamt, teilweise sogar gestoppt. Die internationale Frauenbewegung, so die Kritik, stehe der konservativen Allianz schwach und gespalten gegenüber. Durch die Mediendebatte „Islam gegen den Westen“ vertiefte sich diese Spaltung noch.



Barbara Traub (IRGW)

Franziska Brantner warnte: „Religiösen Fundamentalisten geht es nicht nur um das Patriarchat, sondern um ein generelles Weltbild, das sie verbreiten wollen und das sich von der Aufklärung völlig entfernt hat. Zunächst betrifft es uns Frauen und unsere Rechte, aber wenn die aufgeklärten Männer sich nicht auf unsere Seite stellen, sind sie die nächsten, die betroffen sind.“

Warum gibt es überhaupt diesen Sog zu den fundamentalistischen Spielarten der Religionen? „Religion gibt Halt und besetzt ein Vakuum, das früher durch andere Ideologien besetzt war“, so die promovierte Diplompsychologin Lale Akgün. Ihre Strategie dagegen: „Wir müssen Frauen also genau diesen Halt geben und mit der Solidarität der Frauenbewegung dagegen antreten“.

## PARIS

## Die Realität ist anders als in Deutschland – oder wird anders interpretiert



Das Thema der Veranstaltung, zu der das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris eingeladen hatte, lautete: *Zwischen Emanzipation und Tradition. Muslimische Frauen in Europa*. Die beiden Deutsch-Türkinen Seyran Ates und Necla Kelek, beide Autorinnen viel gelesener Bücher, diskutierten mit französischen Autorinnen und Expertinnen, darunter eine Psychoanalytikerin algerischer Abstammung, Latifa Ben Manzur, und die Soziologin Dounia Bouzar. Was angesichts der persönlichen Geschichten und der Qualifikationen der Teilnehmerinnen eine spannende und fruchtbare Diskussion hätte werden können, entwickelte sich rasch zu

einer Kontroverse. Folgende Thesen der beiden Deutsch-Türkinen wurden von den Französisinnen rundweg abgelehnt: Die Unterdrückung der Frauen, die Hinwendung zum Islam, das Leben in Parallelgesellschaften erschwere Türkinen in Deutschland die Integration. Die beiden französischen Podiumsteilnehmerinnen fanden diese Kritik zu pauschal, ein Vorwurf, den die beiden auch in Deutschland hören. Man warf ihnen vor, sie würden zu sehr die Defizite der MigrantInnen sehen und nicht die der Aufnahmegesellschaft.

Die Probleme in Frankreich, darauf beharrten die beiden Französisinnen auf dem Podium, hätten weni-

ger mit dem Islam als mit sozialen und ökonomischen Ursachen zu tun. Sie zeigten wenig Bereitschaft, über Phänomene wie Zwangsehen oder Islamismus zu diskutieren. Diese Haltung gilt für die französische Linke insgesamt. Alles, was den republikanischen Anspruch auf Gleichheit durch Zugehörigkeit zur französischen Nation in Frage stellt, ist ein Tabu. Der kritische Diskurs, den die beiden deutsch-türkischen Autorinnen über ihre eigene Religion und Kultur führen, entspricht nicht dem in Frankreich geführten Diskurs. Angesichts der Kolonialvergangenheit Frankreichs herrscht dort eine völlig andere Sichtweise. Es zeigte sich wieder einmal: Die Franzosen können über die aktuellen Probleme um Migration, Islam und Fundamentalismus nicht diskutieren, ohne dass sich die Kolonialgeschichte, besonders der Algerienkrieg, wie ein Gespenst aus dem Hintergrund meldet und jede Debatte emotionalisiert. Die Linke hält sich daher aus Sorge um ihr Image strikt an Begriffe, die politisch korrekt sind: Anerkennung kultureller Vielfalt, Chancengleichheit und Staatsangehörigkeitsrecht.

## PARIS

## Islam und Integration in Frankreich und Deutschland

Vollbesetzt war der Konferenzraum des Französischen Instituts für internationale Beziehungen, als die deutsche Bundestagsabgeordnete Lale Akgün mit der französischen Senatorin Alima Boumediene-Thiery über Islam und Integration in Deutschland und Frankreich diskutierte. Auch bei dieser Veranstaltung zeigte sich wieder, wie unterschiedlich Migrationsprobleme in den beiden Ländern wahrgenommen werden. Lale Akgün verteidigte den obersten Grundsatz, der bei der Integration von Einwanderern nach Deutschland gelte: Respekt vor der Verfassung und den Regeln des Rechtsstaates. Da dürfe es für niemanden Ra-

batt geben. Wer dies akzeptiere, könne mit kultureller und religiöser Freiheit rechnen. Notwendig wären in Deutschland aber mehr Moscheen, denn immerhin sei der Islam die zweitgrößte Religion im Lande. Akgün, die selbst in Istanbul geboren wurde, war der Meinung, nur eine radikale Minderheit sei ein Sicherheitsrisiko und müsse von Polizei und Rechtsstaat verfolgt werden. Ansonsten sei der Islam kein Hindernis für die Integration. Was Einwandererkindern allerdings fehle, sei eine Perspektive für den sozialen Aufstieg. Eine solche Perspektive sei aber unabdingbar für jede erfolgreiche Integration.



Die französische Senatorin wiederum konzentrierte sich auf die soziale Benachteiligung der Einwandererfamilien. Der republikanische Gleichheitsanspruch sei nicht eingelöst worden. Die Jugendlichen in den Vorstädten hätten ihre Schulen vor allem aus diesem Grund angezündet. Die ZuhörerInnen spalteten sich in zwei Lager: Die einen sahen in den UrheberInnen der Krawalle vor allem sozial benachteiligte VerliererInnen, denen man mit sozialen Programmen den Weg in die Gesellschaft ebnen müsse. Für die anderen sind sie vor allem Randalierer und Kriminelle, kaum integrierbar. Mit Hilfe der Polizei müsse man sich vor ihnen schützen.

## Gleichheit und Verschiedenheit

Es verändert sich etwas im Land, wenn auch langsam. Männer wollen nicht mehr auf die Ernährerrolle festgelegt werden, wie eine Veranstaltungsreihe des FES Büros in Baden-Württemberg zeigt. Das Fritz-Erler-Forum ging der Frage nach, wie sich mehr Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen lässt. Das Zusammenleben von Frauen, Männern und Kindern wird also nicht mehr auf den Streit um Hilfe im Haushalt und bei den Kindern reduziert – mit den bekannten gegenseitigen Schuldzuweisungen. Überfordert sind Männer wie Frauen durch den ganz unspektakulären Alltag und durch vorgegebene Rollenbilder, aus denen beide Seiten sich befreien möchten. Das Neue ist, wie die Seminare, Workshops, öffentlichen Podiumsdiskussionen zeigen: Man hört sich anscheinend eher zu als früher. Auch die Männer machen den Mund auf, stellen nachdenklich Traditionen in Frage, die beide Seiten heute nicht mehr weiterbringen. Väter wollen ihre Vaterrolle leben, zum Nutzen vor allem der Söhne, denen heute die Sorge der Gesellschaft gelten muss: Sie wirken orientierungslos, weniger zielgerichtet als die gleichaltrigen Mädchen und jungen Frauen.

Die Frauenbewegung hat zwar die Mädchen nach vorne gebracht, aber die Jungen – und nicht nur die aus Migrantenfamilien – scheinen dabei häufig auf der Strecke geblieben zu sein. Auch darüber unterhalten sich Frauen und Männer heute gemeinsam. Das Interesse daran, nicht gegeneinander sondern miteinander nach Wegen zu suchen, die allen gerecht werden, ist gewachsen. Die Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung – und das große öffentliche Interesse an diesen Themen – zeigen das deutlich.



Frauen werden im Beruf und Alltag benachteiligt. Frauenbeauftragte, Frauenquoten bei Neueinstellungen oder der „Girls' Day“, an dem Schülerinnen Männerberufe kennen lernen, sollen für mehr Gleichberechtigung sorgen. Immer mehr Männer aber meinen, dass all dies mittlerweile zu einer Benachteiligung des „starken Geschlechts“ geführt hat. Die Diskussionsrunde „Geschlechtergerechtigkeit aus Männersicht“ der Friedrich-Ebert-Stiftung im Völkerkundemuseum zeigte die Brisanz des Themas. Die vierköpfige Expertenrunde war hochkarätig besetzt.

## STUTTGART

### Jungen, Männer, Väter



Neuerdings werden die Jungen als das schwache Geschlecht ausgemacht. Sie gelten als die Verlierer der Modernisierung, sind sehr viel häufiger als Mädchen Schulversager. Kriminalität und Gewalt unter Jungen nehmen zu, sie sind eher krank im Kinder- und Jugendalter. So die Schlagzeilen seit einiger Zeit. Was aber sind die Gründe für diese Entwicklung, die PädagogInnen schon lange beklagen? Sind durch die gezielte Förderung der Mädchen in den letzten beiden Jahrzehnten die Jungen zu kurz gekommen?

Brauchen wir jetzt eine auf sie ausgerichtete Förderung, um eine „Jungenkatastrophe“ zu verhindern? Das Regionalbüro der FES in Baden-Württemberg, Fritz-Erler-Forum, hat sich des Themas angenommen. In einer sehr differenzierten Diskussion in Stuttgart wurde vor neuen Klischees gewarnt: beispielsweise jenen,

die der Frauenbewegung allein die Schuld an dieser Entwicklung zuweisen. Beklagt wurde dagegen, dass es zu viele Frauen und zu wenig Männer in Kindergärten und Grundschulen gibt, dass dadurch männliche Vorbilder fehlen. Grundschullehrerinnen etwa neigten dazu, die Jungen in ihrer Klasse zu „feminisieren“.

HochschullehrerInnen, RektorInnen und PraktikerInnen der Jugendarbeit waren sich einig, dass Förderbedarf bestehe. Die Forschungsergebnisse müssten die Politik alarmieren, doch das Thema sei im öffentlichen Bewusstsein noch nicht angekommen: Dass etwa für 62 Prozent der Mädchen Erfolg im Beruf wichtig sei, aber nur für 44 Prozent der Jungen. Die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: Frauen werden wegen ihrer besseren Bildung künftig häufiger in Führungspositionen aufrücken.

Viele Vorschläge zu einer Gleichstellung des männlichen Nachwuchses wurden gemacht: Elternkurse für eine bewusste Geschlechtererziehung. Genderschulung für ErzieherInnen und LehrerInnen. Partnerschaften zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen. Eben das ganze Instrumentarium, das sich in den letzten Jahrzehnten eher auf die Mädchen konzentriert und ihnen zu inzwischen messbaren besseren Startchancen verholfen hat.

## HEIDELBERG

### Geschlechtergerechtigkeit aus Männersicht

Gender Mainstreaming, Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit werden allzu oft ausschließlich aus der weiblichen Perspektive diskutiert. Das Fritz-Erler-Forum lud deshalb in Heidelberg zu einer Diskussion mit bewusst nur männlichen Teilnehmern auf dem Podium ein. Es zeigte sich vor allem in der hoch emotionalen Debatte mit dem Plenum, wie brüchig die alten männlichen Rollenbilder geworden sind. Unter dem Spagat zwischen Beruf und Familie leiden nicht nur Frauen, sondern zunehmend auch Männer: Sie sollen Karriere machen und ihren Familien wirtschaftlichen Wohlstand sichern, gleichzeitig aber auch gute Väter, verständnisvolle Partner sein und ihren Anteil an der Hausarbeit leisten. Viele männliche Jugendliche sind – anders als Mädchen – auf eine spätere Doppelrolle nicht vorbereitet. Frauenbeauftragte, Frauenquoten bei Einstellungen, Girls' Days, an denen Mädchen Männerberufe kennenlernen, während man die Jungen zum Fußballspielen schicke, hätten inzwischen zu einer Benachteiligung der männlichen Jugendlichen und der Männer geführt, wurde geklagt. Heftig wurde bestritten, dass Jungen sich für klassische Frauenberufe nicht interessieren würden, sie bekämen aber keine Beratung, die ihren Blick auf neue Wege lenkt. Fazit der Veranstaltung: In vielen Fällen sei die männliche Benachteiligung inzwischen real. Die Männer müssten lernen, ebenso erfolgreich wie die Frauen seit den siebziger Jahren für sich Lobbyarbeit zu betreiben.

## STUTTGART

## Männer in der Vaterrolle – Umbruch im Rollenverständnis?



Genderfragen aus der Männerperspektive – die Veranstaltungsreihe des Fritz-Erlers-Forums in Baden-Württemberg wird viel beachtet und zeigt damit, wie groß der Gesprächsbedarf ist. Ein nachdenkliches Männerpodium setzte sich in Stuttgart mit der eigenen Rolle und den daraus folgenden Schwierigkeiten auseinander: Der Journalist Ralf Ruhl erlebt die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders hart: Während seine Familie in Freiburg lebt, arbeitet er in Göppingen. Er hat sich der Familie wegen für Teilzeitarbeit entschieden: Zwei Tage pro Woche ist er in Göppingen, einen Tag im heimischen Büro in Freiburg, dazwischen liegen Familientage und stundenlange Pendlerreisen. Und das Geld ist knapp in der Familie wegen dieses Teilzeitjobs.

Immer mehr Männer suchen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Davon ist der Diplom-Sozialwissenschaftler Rainer Volz überzeugt, der in einer großen Männerstudie im Auftrag der beiden christlichen Kirchen herausgefunden hat, dass es den „neuen Mann“ wirklich gibt. Immer mehr Männer wollen beides, ihren Beruf und aktive Teilhabe an der Kindererziehung. Allerdings: Ihr neues Engagement trifft nicht auf uneingeschränkte Zustimmung der Frauen. „Frauen lassen sich die Definitionsmacht im Haus nicht nehmen“, sagt der Wissenschaftler. Nicht nur Männer sind teilweise noch in traditionellen Rollen verhaftet, Frauen sind es auch.

Warum geht es so oft schief, auch in den Familien, in denen Frauen und Männer sich bemühen, andere Rollenbilder zu leben? Die Antwort des Journalisten Ralf Ruhl: „Gegenseitige Wertschätzung findet bei vielen Paaren nicht statt, weil sie überlastet sind.“

## LEKTÜRETIPP

Auf den Internet-Seiten des Fritz-Erlers-Forums steht eine umfassende, spannende Dokumentation der Veranstaltungsreihe „Jungen, Männer, Väter“ unter <http://www.fritz-erler-forum.de/download.php?id=6376177,249,1>

## HALLE

## Das große Jein. Frauen reden über die Kinderfrage

Die Republik ist sich einig: Die Deutschen müssen mehr Kinder kriegen! Doch spielen die tatsächlichen Bedingungen, unter denen Mütter leben, in den großen Szenarien der angeblichen „demografischen Katastrophe“ überhaupt eine Rolle? Darüber diskutierten auf Einladung des FES Landesbüros Sachsen-Anhalt in Halle Fachfrauen wie die Demografieexpertin Prof. Christiane Dienel. Die Fragen waren: Was sind die eigentlichen Gründe der Frauen für oder gegen Kinder? Welche Rollen spielen dabei die Politik, die ArbeitgeberInnen oder die eigenen Männer? Unter dem Titel „Das große Jein“ haben die Journalistinnen Silke Lambeck und Regine Zylka ein Buch geschrieben, in dem zwanzig Frauen aus unterschiedlichen Generationen und Schichten über ihr Leben mit und ohne Kinder geredet haben. Auf der Veranstaltung erzählte Regine Zylka von diesen Frauen und davon, wie die Entscheidung für oder gegen Kinder ihr Leben geprägt hat. Eine junge Verkäuferin schilderte ihren Alltag als Alleinerziehende und den Fluch des flexiblen Arbeitsplatzes. Eine andere berichtete, wie man es trotz Kindern in einen Unternehmensvorstand schafft. Und eine 84-Jährige erzählte, wie sie in Notzeiten vier Söhne versorgte. Aus diesen Erfahrungen setzte sich ein facettenreiches Bild von Frauen in Familien zusammen.

**BONN****Demografische Entwicklung – Herausforderung für Politik in den Kommunen**

Im Rahmen der Gesprächsreihe Bonner Dialog zeigte die Bonner Oberbürgermeisterin und stellvertretende Vorsitzende der SPD Bärbel Dieckmann vor welche neuen und ungewohnten Aufgaben die Kommunen durch den demografischen Wandel gestellt werden: weg vom gesteuerten Wachstum, hin zum gestalteten Umbau. Die erfahrene Kommunalpolitikerin Bärbel Dieckmann sieht mehrere Schwerpunkte: eine kinderfreundliche Politik mit attraktiven Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Familienfreundlicher Wohnungsbau und eine Verkehrsinfrastruktur nach den Bedürfnissen der Familien. Eine ernsthafte Integrationspolitik, zu der gemischte Wohngebiete statt Ghettobildung ebenso gehören wie Schulen, in denen sich nicht einerseits die Migrantenkinder ballen, andererseits die deutschen Kinder unter sich bleiben. Die Oberbürgermeisterin erinnerte an Berechnungen, nach denen in deutschen Großstädten bis zum Jahre 2050 die Hälfte der Einwohner einen Migrationshintergrund haben werden.

Eine Gesellschaft, die nicht nur schrumpft, sondern auch älter wird, muss sich beispielsweise auch an die Bedürfnisse Älterer anpassen, meint Bärbel Dieckmann und sieht diesen Bereich allerdings erfreulich undra-



Prof. Dr. Thomas Meyer, Bärbel Dieckmann, Dr. Roland Schmidt, Anke Fuchs, Reinhard Weil

matisch: Was jungen Familien hilft, hilft häufig auch Älteren, das reicht von der Gestaltung der Wohngebiete bis zum öffentlichen Nahverkehr. Billiger wird es für die Kommunen auch bei sinkenden Bevölkerungszahlen nicht werden – eher im Gegenteil. Denn die Kosten für die Abwasserversorgung, den Nahverkehr, die Freizeit- und Kultureinrichtungen bleiben. Das Angebot muss erhalten werden, um ein Mindestmaß an Attraktivität zu gewährleisten. Das heißt, es steigen die Belastungen pro Einwohner. Schon aus diesem Grund wird die regionale Zusammenarbeit

intensiviert werden müssen. Denjenigen, die ständig von der „demografischen Katastrophe“ reden, setzt Bärbel Dieckmann eine pragmatische Sichtweise entgegen. Zehn oder zwanzig Millionen Menschen weniger müssen in einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland keine schlechte Entwicklung sein. Aber, so ihr Resümee: „Die Möglichkeiten, die uns unsere hohe Lebenserwartung bietet, werden wir nur nutzen können, wenn wir uns gleichzeitig für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft einsetzen.“

Prof. Dr. Barbara Vinken, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Uns selbst zuliebe sollten wir uns nicht dem Druck des Vorbildes der deutschen Mutter aussetzen. Das bedeutet Abschiednehmen von dem selbstgerechten, wesensversessenen Dogma der Mutter als besserem Menschen, Abschiednehmen vom deutschen Sonderweg einer Weltverbesserung. Wir sollten abfallen vom deutschen Glauben, der in der von Mutterliebe durchdrungenen Familie das Versprechen einer heilen Welt sieht. Es ist an der Zeit, die Gegenüberstellung von kalter, egoistischer, männlicher Karrierewelt und besserer Familienwelt aufzugeben, die Gegenüberstellung von Karrierefrau und Mutter fallenzulassen.



## BERLIN

### Rabenmütter oder Supermamas?

Muttertag einmal anders: Das Forum Politik und Gesellschaft der FES nahm sich in Berlin des Themas Rabenmütter gegen Supermamas an. Immer noch gilt in Deutschland häufiger – anders als in anderen europäischen Ländern – das Vorurteil, eine gute Mutter könne nur sein, wer seinen Kindern rund um die Uhr zur Verfügung stehe. Die Folge der Mischung aus beruflichen Lebenswünschen und Schuldgefühlen gegenüber den Kindern ist mitverantwortlich für den Tiefstand der Geburtenraten in Deutschland. Die Fragen sind: Gibt es einen spezifisch deutschen, gar westdeutschen „Muttermythos“ und einen Hang zur „Übermutterung“? Welche Rolle können Väter in der Familie überneh-

men und was ist gut für die Kinder? Werden Frauen auch bei mehr und besseren Angeboten zur Kinderbetreuung angesichts der Forderungen nach den aufopferungswilligen Supermamas weiterhin vor dem Spagat zwischen Beruf und Familie zurückschrecken?

Die Lösung sah das Podium einmal im gesellschaftlichen Umdenken, denn noch immer herrsche eine reaktionäre Grundhaltung, nach der Kinder nicht in eine außerhäusliche Betreuung, sondern die Mutter ins Haus gehöre. Geteilte Elternschaft, bessere Kinderbetreuung, eine familienbewusste Personalpolitik in den Betrieben, das seien die Auswege aus der Krise. Die Mütter sind das schlechte Gewissen leid.

## BERLIN/MERSEBURG

### Der lange Weg zu gleichen Chancen in der Privatwirtschaft

Vor mehr als fünf Jahren wurde zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft ein Pakt zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft abgeschlossen. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der FES mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin wurde überprüft, was diese freiwillige Vereinbarung in der Praxis gebracht hat. Rasch wurde deutlich, dass die Fragestellung der Konferenz *Gleich am Ziel? Chancengleichheit in der Privatwirtschaft* vielerorts eher Wunschdenken geblieben ist und nur ein eigenes Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft etwas bewegen könnte.

Das Thema wurde auch in mehreren FES Landesbüros aufgegriffen. In Merseburg (Sachsen-Anhalt) ging es um Chancengleichheit in Wirtschaft und Wissenschaft. Trotz eindeutiger Vorgaben in der Verfassung, trotz einschlägiger Gerichtsentscheidungen und Mahnungen der Europäischen Union verbessere sich zu wenig zu langsam. Das hohe Leistungs- und Qualifikationsniveau der Frauen spiegelte sich nicht in ihrer Beschäftigung wider – schon gar nicht in Führungspositionen und bei der Besetzung von Professuren, die noch immer nur zu ca. 13% Frauen innehaben. Bis heute findet sich darüber hinaus keine einzige Frau im Vorstand eines der 30 deutschen DAX-Unternehmen.



## BONN

## Mutter-Vater-Kinder-Los?

Mit der Expertise zur Frauenforschung „Mutter-Vater-Kinder-Los – eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive“ hat die FES-Expertin Dr. Barbara Stiegler eine Genderanalyse zu dem Problem des demographischen Wandels vorgelegt. Die Kernthese der Expertise lautet: Der Geburtenrückgang steht in enger Beziehung zur herrschenden Geschlechterordnung. Ein Lösungsansatz wird gerade nicht im Festhalten an traditionellen Geschlechtervorstellungen und ihren entsprechenden Regeln und Mechanismen gesehen, sondern vielmehr in deren Überwindung.

Zunächst wird ein Analyseraster vorgestellt, das zwischen traditionellen und alternativen Geschlechterkonstrukten sowie darauf aufbauenden Sichtweisen auf Familie unterscheidet. Im Anschluss daran werden auf der Basis dieses Rasters empirische Befunde über die Kinderlosigkeit analysiert. In einem nächsten Schritt geht es um Strukturen und Mechanismen, die die Geschlechterordnung schaffen und an der sich die Geburtenfrage mit entscheidet. Gesetzliche Regelungen, strukturelle Rahmenbedingungen, Leitbilder und Normen, unter denen Männer und Frauen leben, die alle politisch gestaltbar sind, werden auf ihr Gender Doing analysiert. Gender Doing bezeichnet den Prozess, in dem ge-

schlechtsspezifische Lebenssituationen, also in diesem Falle die als Vater und Mutter zu leben, entstehen und aufrechterhalten werden. Im Anschluss werden aktuelle familienpolitische Maßnahmen auf der Basis des Analyserasters diskutiert und es wird gezeigt, in welche Richtung die geplanten Maßnahmen Lebenslagen nach bestimmten Geschlechterkonstrukten beeinflussen. Als geschlechterpolitische Strategien gegen den Geburtenrückgang werden identifiziert:

- eine Erweiterung des Familienbildes und eine Veränderung vor allen Dingen des Vater- und Mutterbildes,
- die gesellschaftliche Verantwortung für Erziehung und Bildung der Kinder,
- eine Veränderung von Arbeitsanforderungen bei Vater- und Mutterschaft,
- gesicherte Existenzmöglichkeiten für Väter und Mütter.

Damit wird auch eine Antwort auf die Frage gegeben, welche Funktionen zukünftig der Sozialstaat haben sollte: Vor allem obliegt ihm die Organisation und qualitative Sicherung der Bildung vom ersten Lebensjahr an. Eine solche bildungspolitische Orientierung des Sozialstaates hat auch geschlechterpolitische Konsequenzen, die nicht nur der Vererbung von Armut, sondern auch der



Enthierarchisierung der Geschlechterverhältnisse dient.

Die Thesen dieser Expertise wurden in vielen Veranstaltungen mit verschiedensten Zielgruppen diskutiert: mit Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, mit GewerkschafterInnen, in vielen Verbänden und im kirchlichen Bereich.

## LEKTÜRETIPP

Die Analyse von Barbara Stiegler „Mutter-Vater-Kinder-Los“ kann im Internet heruntergeladen werden unter <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03850.pdf>

## Büros weltweit





Stand: Mai 2007

## Politische Bildung



Politische Bildung ist ein Kernbereich der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie durchzieht alle Arbeitsbereiche wie ein roter Faden. Drei Abteilungen widmen sich ausschließlich der Bildungsarbeit mit dem Ziel, in die gesellschaftspolitische Debatte der Bundesrepublik einzugreifen, mitzugestalten, aber auch Menschen zu qualifizieren, sich am politischen und gesellschaftlichen Wandel und an der kreativen Gestaltung von Wirklichkeiten zu beteiligen. Es sind dies die Ab-

teilungen Politische Akademie, Gesellschaftspolitische Information und Dialog Ostdeutschland.

Politische Bildung ist in erster Linie eine Vermittlungsinstanz, deren Aufgabe es ist, sowohl über Aktuelles zu informieren und damit Diskussionsprozesse auszulösen als auch über Kommendes nachzudenken. Das bedeutet, Trends zu erkennen, Entwicklungen, die absehbar sind, und die dazu gehörenden Begründungszusammenhänge möglichst genau zu beschreiben, auch wenn es sich in der Regel um Annahmen handelt, deren Realitätsgehalt sich erst noch erweisen wird. Aber politische Bildung kann auch Trends in Gang setzen. Ganz ohne Zweifel gehört dazu auch der Gender Mainstreamingprozess.

In unterschiedlichen Arbeitsformen wird eine breite Palette von Themen durch die stiftungsweite politische Bildung angeboten und aufgearbeitet. Hierzu gehören Seminare, öffentliche Dialogveranstaltungen, Lernprojekte, Kompetenztrainings, ExpertInnengespräche, Policy-Papers oder Studien, die die Arbeit begleiten oder anstoßen. Der Themenkatalog umfasst mehr als 40 einzelne Themenfelder, darunter auch das Themenfeld Frauen/Gender. Es ist symptomatisch – auch für den Stand der Debatte innerhalb der FES –, dass der Genderaspekt dem Themenfeld Frauen zugeordnet wurde. Zwar ist Gender Mainstreaming ein Kind der Frauenbewegung und der Frauen-

politik, aber Gender Mainstreaming hat zum Ziel, durch die Integration der Geschlechterdimension in alle Themenfelder mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu erreichen.

Gender Mainstreaming wird oft mit Frauenförderung gleichgesetzt, ist es aber nicht. Gender bezeichnet nach der Definition des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern. Bei den EU-Behörden werden dementsprechend Begriffe wie „gleichstellungsorientierte Politik“ oder „Gleichstellungspolitik“ verwendet. Mit Gender Mainstreaming wird also eine Strategie bezeichnet, um unterschiedliche Ausgangslagen und möglicherweise unterschiedliche Wirkungen von Maßnahmen auf Männer und Frauen systematisch zu berücksichtigen.

Die Komplexität des Gender Mainstreamingprozesses, der als Querschnittsaufgabe in allen Lebens- und Arbeitsbereichen verstanden werden muss, wird die Friedrich-Ebert-Stiftung in den kommenden Jahren verstärkt beschäftigen, zumal eine nachwachsende Generation mit anderen Rollenmustern zunehmend das gesellschaftliche Geschehen prägt. Da könnte und sollte eine vorrangige Aufgabe von politischer Bildungsarbeit darin bestehen, eine verstärkende Wegbegleiterin zu sein.

## Politische Akademie

Die Politische Akademie hat mit der Einführung einer zielorientierten Projektplanung vierzehn themen- bzw. zielgruppenorientierte abteilungsweite Arbeitslinien mit strategischen Oberzielen für 2006 / 2007 definiert. Dazu werden von den verschiedenen Arbeitseinheiten und den Landes- und Regionalbüros insgesamt 60 Projekte durchgeführt. Die Arbeitslinie „Reformpolitik, gerechte Gesellschaft und sozialer Zusammenhalt“ thematisiert ausdrücklich den Genderaspekt. Angesichts ökonomischer, sozialer und demografischer Herausforderungen sind Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt als Leitlinien für Reformpolitik bei maßgeblichen gesellschaftlichen AkteurInnen verankert. Soziale Innovationspotentiale in der Bildungs- und Familienpolitik, im Geschlechter- und Generationenverhältnis werden intensiv diskutiert und weiter entwickelt.

## Gesellschaftspolitische Information

In der Arbeit der Abteilung Gesellschaftspolitische Information ist der Genderaspekt dem zentralen Feld *Gerechte Gesellschaft und sozialer Zusammenhalt* zugeordnet. Da der regionale Schwerpunkt der Arbeitsarbeit auf Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen liegt und sich die Arbeit insbesondere auf Nachfrage gründet, wurde die Genderthematik auch re-



Prof. Dr. Thomas Meyer, Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn

gional organisiert. So finden in allen drei Ländern jährlich Fachtagungen zu Genderfragen statt. Ein besonderes Gewicht hatte 2006 eine landesweite Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Gender Netzwerk NRW, in der eine Zwischenbilanz des Gender Mainstreamingprozesses gezogen wurde.

## Dialog Ostdeutschland

Das Angebot an politischer Bildung der Abteilung Dialog Ostdeutschland, die in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin aktiv ist, wird wesentlich geprägt durch die besondere Situation der neuen Länder und die daraus folgenden spezifischen Lebenslagen, Interessen und Einstellungen. Die Abteilung hat sich deshalb

auch im Jahr 2006 wieder darauf konzentriert, ihre politische Bildung in den ostdeutschen Bundesländern als Bildung für Demokratie und für ein demokratisches gesellschaftliches bzw. politisches Engagement zu profilieren. In den Landesbüros zählen gleichstellungspolitische Themen sowie die Fortbildung von politisch engagierten Frauen zu den festen Bestandteilen des Angebots. Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin greift aktuelle bundespolitische Themen der Gender- und Frauenpolitik auf, 2006 u.a. die Umsetzung des Gender Mainstreaming in verschiedene Politikbereiche, Gewalt gegen Frauen, die Lebenssituation von Migrantinnen und die europäische Gleichstellungspolitik.

## Internationale Arbeit

Demokratie und Entwicklung weltweit fördern, zu Frieden und Sicherheit beitragen, die Globalisierung solidarisch gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union unterstützen – dies sind die Leitlinien der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starke und freie Gewerkschaften, und von Menschenrechten. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ebenfalls konstituierendes Element von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und gehört deshalb zu den Aufgaben der Demokratieförderung. Mit Hilfe von politischer Bildung, entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung leistet die Stiftung hier ihren Beitrag, z. B. durch Seminare, Konferenzen und Studien zu aktuellen und langfristig wichtigen Themen.

Gerade für die Stabilisierung fragiler gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen, aber auch angesichts der übergreifenden regionalen und globalen Probleme, die es zu lösen gilt, ist der Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen AkteurInnen, zwischen verschiedenen Kulturen und Gesellschaftsmodellen, zwischen Nord und Süd, EU-Ländern und Beitrittskandidaten und den internationalen Institutionen unabdingbar. Eine gleichberechtigte Beteiligung von

Frauen und Männern bei der Gestaltung demokratischer und gerechter Strukturen ist dabei ein Leitbild der Arbeit in den beiden Abteilungen: Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) und Internationaler Dialog (ID).

In den meisten Projektländern zieht sich nach wie vor gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen durch alle gesellschaftlichen Bereiche und trägt dazu bei, dass der Zugang zu Ressourcen und politischer Teilhabe zwischen Frauen und Männern extrem ungleich verteilt ist. So arbeiten Frauen erheblich länger, verdienen und besitzen aber deutlich weniger als Männer. An politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sind sie oft so gut wie nicht beteiligt. Führungspositionen in diesen Bereichen sind fast ausschließlich in Männerhand.

Traditionelle Vorstellungen über die Rechte und Pflichten von Frau und Mann verhindern in vielen Fällen die Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben. Zur

Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung werden das Wissen, der Einblick und die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichermaßen benötigt. Ebenso müssen die Interessen und Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt werden, wenn Politik langfristig erfolgreich sein soll. Deshalb unterstützt die FES Frauen auf ihrem Weg in die Politik oder in die Führungsebenen von Organisationen und Verbänden.

Das Gender Mainstreaming, eine Methode, nach der Genderaspekte in jede Phase des Projektmanagements integriert und die Ergebnisse überprüft werden, ergänzt die spezifische Förderung von Frauen.

Für die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt Gender Mainstreaming:

- nach unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern fragen,
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen einer Politik, z. B. der Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik analysieren,



- Ausgleichsmechanismen in Gang setzen und
- die Partizipation von Frauen in Institutionen anstreben, besonders die Beteiligung an Führungspositionen.

### Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Gender Mainstreaming bedeutet für die Projekte der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit: Chancengleichheit der Geschlechter zu verwirklichen. Außerdem: methodischer Ansatz, die Zielgruppen der Projektarbeit nach Geschlecht zu differenzieren und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse im Projektmanagement zu berücksichtigen. Mit der Einführung des Gender-Ansatzes hat die Abteilung ein Genderteam damit beauftragt, den Prozess zu begleiten. Zu seinen Aufgaben gehören das Monitoring, die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Beratung der KollegInnen in den Projekten weltweit. Eine Reihe von Instrumenten sind seitdem entwickelt und erprobt worden, um Genderaspekte in den Projektmanagementprozess zu integrieren und die Ergebnisse zu überprüfen.

In den letzten Jahren sind aus den Überlegungen zur Genderintegration viele Fragen zum Qualitätsmanagement generell entstanden, die heute auf verschiedenen Ebenen in der Abteilung diskutiert und zusammengeführt werden. Diskussionen zur Qualität der Arbeit, die Bewertung ihrer Ergebnisse sowie das

Wissensmanagement zu verschiedenen Themen und Methoden werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die Erfahrungen im Bereich Gender können dabei für die Verbesserung von abteilungsspezifischen Instrumenten und Verfahren genutzt und zurückgespiegelt werden. Im Kontext der FES kann die Abteilung IEZ diese langjährigen Erfahrungen mit der institutionellen Verankerung von Genderfragen anderen Abteilungen in Beratungsprozessen zur Verfügung stellen.

### Internationaler Dialog

Trotz national geprägter Unterschiede stehen Frauen in den meisten Industrieländern vor grundsätzlich ähnlichen Problemen: ein relativ geringer Anteil von Frauen ist in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu finden, es gibt eine geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes inklusive einer schlechteren Bezahlung der Frauen („Gender Pay Gap“), ebenso eine unzureichende Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine insgesamt schlechtere soziale und wirtschaftliche Situation. In der Abteilung Internationaler Dialog sind Frauenförderung und Gender Mainstreaming vor allem Themen des bilateralen Dialogs mit gesellschaftspolitischen Führungskräften in den mittel- und osteuropäischen Länderbüros der FES. Dabei variieren Form und Inhalt der Projekte abhängig von der Situation und den Rahmenbedingungen im jeweiligen Partnerland. Der Gender Mainstreaming



Ansatz beispielsweise wird in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas noch wenig angewandt. Mit Partnern vor Ort und mit der Unterstützung von ExpertInnen aus Deutschland leistet die FES einen Beitrag dazu, das Konzept zu diskutieren und bekannter zu machen. Zusätzlich ermöglicht die Friedrich-Ebert-Stiftung Fachkräften aus Mittel- und Osteuropa durch Studienreisen nach Brüssel, ihre Kenntnisse der EU-Gleichstellungspolitik zu vertiefen und Anschluss an die Debatte auf europäischer Ebene zu finden. Darüber hinaus nutzt die FES ihr Büronetzwerk, um frauenpolitische Themen auf regionaler Ebene zu diskutieren und eine Vernetzung der jeweiligen AkteurInnen zu fördern und einen länderübergreifenden Lernprozess zu initiieren.

## Wissenschaftliche Arbeit

Kompetente Politikvermittlung und -beratung basieren immer auf profundem Wissen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt deshalb auf eigene und externe Forschungsarbeit. Diese wissenschaftliche Arbeit wird in der FES vor allem im Historischen Forschungszentrum sowie der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben, zudem werden wissenschaftliche Nachwuchsarbeiten von der FES-Studienförderung unterstützt.

### Historisches Forschungszentrum

Zum Historischen Forschungszentrum der FES gehören die Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, das Karl-Marx-Haus in Trier, die Bibliothek und das Archiv. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sichert, pflegt, präsentiert und analysiert hier das historische Erbe der gesamten sozialdemokratischen Bewegung (SPD, Gewerkschaften, Arbeiterkulturbewegung).

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) beherbergt gegenwärtig rund 40 lfd. km Akten, darüber hinaus Fotos, Plakate, Flugblätter,

Film- und Tondokumente, die für die wissenschaftliche Forschung auch digital aufbereitet werden. Die historischen Fotografien dieses Jahresberichts stammen aus den Beständen des AdsD. Und auf der Homepage [www.fes.de/archive](http://www.fes.de/archive) finden BenutzerInnen unter „Arbeitshilfen“ eine neu gestaltete Rubrik „Frauen in der Geschichte“, die weitere Informationen und Bildbeispiele gibt ([http://www.fes.de/archiv/\\_projekte/projektset.htm](http://www.fes.de/archiv/_projekte/projektset.htm)).

Die Bibliothek der FES mit über 650.000 Bänden gilt als größte wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Im Internet unter <http://library.fes.de> ist der Katalog einsehbar; Neuerscheinungen der Friedrich-Ebert-Stiftung sind hier auch im Volltext in der „Digitalen Bibliothek“ verfügbar. Die Bibliothek hat aktuell ein aufwendiges Projekt abgeschlossen, das die „Quellen zur Entwicklung der sozialistischen Internationale (1907–1919)“ auch in der Form zusammenfasst, dass der Einfluss der Frauen deutlich wird (<http://library.fes.de/online/index-dt.html>). Im Jahr 2007

arbeitet man daran, die Frauenzeitschrift „Courage“ vollständig digital zu erfassen und im Volltext Laien und WissenschaftlerInnen verfügbar zu machen.

Ein Arbeitsschwerpunkt der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte liegt traditionell auf der Frauenforschung. Die marginalisierte und deshalb häufig schlecht dokumentierte Geschichte von Frauen wird vor allem durch die FES-Frauenforscherin Dr. Gisela Notz im Hinblick auf Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen aufgearbeitet. Ihr langfristiges Forschungsprojekt über die politische Arbeit der SPD-Parlamentarierinnen schließt mit der Publikation des zweiten Bandes über die Jahre 1957–1969 eine zeitgeschichtliche Lücke. Neben zahlreichen Publikationen informiert das Historische Forschungszentrum durch Ausstellungen, z.B. über historische Wegbereiterinnen der Sozialdemokratie oder die Einführung des Frauenwahlrechts, Fachvorträge, Seminarkonzeptionen und -durchführungen eine interessierte Öffentlichkeit.

### Wirtschafts- und Sozialpolitik

In der Forschungsabteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik bildet die Politikberatung zur Frauen- und Geschlechterpolitik einen Arbeitsschwerpunkt der FES Gender-Expertin Dr. Barbara Stiegler. Problemorientiert werden hier Argumentationen, Konzepte und Lösungen erarbeitet, die gleichstellungspolitische AkteurInnen unterstützen und zugleich den geschlechterpolitischen



Diskurs mitgestalten. 2006 intensivierte sich die Koordination von Netzwerken in NRW, bundesweit und international, beispielsweise in dem Netzwerk Gender Mainstreaming Expertinnen International (GMEI), ebenso wie die fachliche Mitarbeit an zahlreichen Kongressen. Den Sozialstaat geschlechtergerecht zu gestalten und der Lohndiskriminierung von Frauen entgegenzuwirken, wird auch 2007 eine relevante Aufgabe und damit Thema der Abteilung sein. 2006 standen u.a. die Frage nach der Reichweite geschlechterpolitischer Strategien

und die Diskussion des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive im Mittelpunkt.

### Studienförderung

Die Abteilung Studienförderung vergibt Studien- und Promotionsstipendien an besonders begabte, gesellschaftspolitisch engagierte junge Menschen, etwa 1.700 in- und ausländische Studierende werden gefördert. Der Anteil der Stipendiatinnen war mit 47,5% auch 2006 hoch. Neben der materiellen bietet die FES den StipendiatInnen eine umfang-

reiche ideelle Förderung. Dazu gehören sowohl die Betreuung an den Universitäten durch DozentInnen und Mentorenprogramme als auch die aktive Hochschulgruppenarbeit der FES-StipendiatInnen. Bundesweit und in der Bonner Tagungsstätte am Venusberg wird ein Studienbegleitprogramm zu wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen durchgeführt, eine interne Online-Plattform der Studienförderung ermöglicht zudem die Netzwerkbildung zwischen StipendiatInnen, Ehemaligen, DozentInnen und MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## DER ARBEITSKREIS GENDER

Der Arbeitskreis Gender ist ein Zusammenschluss aktueller und ehemaliger StipendiatInnen, die an Gender-Themen interessiert sind. Hier sind Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen anzutreffen. Obgleich der Schwerpunkt auf den Sozial- und Geisteswissenschaften liegt, sind auch einige NaturwissenschaftlerInnen beteiligt, so dass neben den Gender-Aspekten in Politik und Soziologie oder den Darstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit in Kunst und Literatur auch Themen aus Bereichen wie „Geschlecht und Medizin“ diskutiert werden können.

Die Ziele des AK Gender bestehen zunächst darin, einen Austausch unter den an Genderfragen interessierten StipendiatInnen herzustellen, was weitgehend über eine Mailingliste und die FES-Internetseiten [www.fes-stip.de](http://www.fes-stip.de) gelingt. In den FES-Hochschulgruppen und auf Seminaren soll zudem

eine Sensibilität für Gender-Themen erreicht werden. Dazu wurde in der Vergangenheit der Leitfaden für SeminarleiterInnen auf eine gendergerechte Seminalgestaltung hin überarbeitet, und die Mitglieder des Arbeitskreises bemühen sich darum, auf Seminaren, die sie selber besuchen, Einheiten zu Gender-Aspekten zu gestalten. Neben der virtuellen Vernetzung sind die regionalen Veranstaltungen eine weitere Säule der AK-Arbeit.

Die Organisation dieser so genannten „GenderVorOrt“-Veranstaltungen liegt in der Verantwortung der AK-Mitglieder, Ziel ist es, Gender-Themen in die örtlichen Hochschulgruppen hineinzutragen. Darüber hinaus sollen diese Veranstaltungen auch der regionalen Vernetzung des Arbeitskreises dienen: Zu einer „GenderVorOrt“-Veranstaltung in Hamburg werden beispielsweise StipendiatInnen aus der Region Nord eingeladen.

„GenderVorOrt“ kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: Neben Vorträgen oder Podiumsdiskussionen ist es z. B. auch möglich, einen Film-, Theater oder Ausstellungsbesuch zu organisieren.

Die jährlichen Haupttreffen des AK Gender finden üblicherweise im Rahmen eines Genderseminars statt und dienen auch dazu, sich über die Ziele des AK und die Perspektiven der geleisteten Arbeit zu verständigen. Im Herbst 2007 ist wieder ein Treffen des Arbeitskreises geplant. Im Intranet-Bereich der FES-Studienförderung werden momentan konkrete Fragen der AK SprecherInnen diskutiert, die zur Vorbereitung dienen. Unter [www.fes-stip.de/aks/gender/](http://www.fes-stip.de/aks/gender/) finden sich ebenso diverse Materialien, die eine Gestaltung gendergerechter Seminare und Veranstaltungen erleichtern sollen.

## Publikationen

### Publikationen der FES zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2006 (Auswahl)

- Begegnungen. Susi Miller zum 90. Geburtstag. Hg. von Dieter Dowe. Bonn 2006. ISBN 3-89892-425-4
- Central Única dos Trabalhadores/Secretaria Nacional sobre a Mulher Trabalhadora:  
20 anos de política de gênero da CUT. Sao Paulo 2006. ISBN 85-89210-12-X
- Eltern – Kinder – Geld. Deutsch-Schwedisches Dialogforum. Berlin 2006. ISBN 3-89892-563-3  
<http://library.fes.de/pdf-files/do/03957.pdf>
- Emanzipation und Kinderbetreuung. Demografiepolitische Ansätze für Mecklenburg-Vorpommern.  
Tagungsbericht. Schwerin 2006
- Frauen wandern aus. Weibliche Migration aus den Ländern des Südens. Bonn 2006.  
ISBN 3-89892-513-7 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/03717-02.pdf>
- Frauenpolitik & Genderpolitik in der nationalen und internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.  
Arbeitsberichte 2005 und Ausblick 2006. Bonn 2006. ISBN 3-89892-537-4  
<http://library.fes.de/pdf-files/frauen/04114.pdf>
- Frieden braucht Frauen! Erwartungen an die neu gegründete Kommission zur Friedenskonsolidierung.  
Hg. v. United Nations Development Fund for Women, UNIFEM. Electronic ed.: Bonn 2006.  
ISBN 3-89892-575-7 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/03996.pdf>
- Gender in Conflicts. Palestine – Israel – Germany. Hg. von Ulrike Auga und Christina von Braun.  
Münster, Westf. 2006. ISBN 3-8258-9281-6
- Gleiche Mobilitätschancen für alle! Gender Mainstreaming im Öffentlichen Nahverkehr.  
Berlin, Bonn 2006. ISBN 3-89892-515-3 <http://library.fes.de/pdf-files/do/03861.pdf>
- Jebrak, Svetlana: Mit dem Blick nach Russland. Lydia Cederbaum (1878-1963). Eine jüdische  
Sozialdemokratin im lebenslangen Exil. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 2006. ISBN 3-8012-4165-3
- The Kenya Women's Manifesto. Nairobi 2006. ISBN 9966-957-52-9  
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/kenia/04343.pdf>
- Králíková, Alena: Frauen in der Tschechischen Republik 2006. Prag 2006.  
[www.fesprag.cz/dokumenty/2006-WP6-Kralikova-de.pdf](http://www.fesprag.cz/dokumenty/2006-WP6-Kralikova-de.pdf)  
auf Tschechisch: <http://www.fesprag.cz/dokumenty/2006-WP6-Kralikova-cz.pdf>
- Das Landesgesetz zur Gleichstellung. Bilanz und Perspektiven. Bonn 2006. ISBN 3-89892-481-5
- Liyanage, Kamala: Gender and Feminism. Colombo 2006. In Singhalesisch. ISBN 955-607-046-X
- Mesto ženšiny v sovremennych musul'manskich obšestvach = The role of women in modern  
muslim societies. Taškent 2006. Teilw. in kyrillischer Schrift. ISBN 5-8250-1037-8
- Molokomme, Imelda M.: The phenomenal women's empowerment handbook.  
Bukana ya go ikgapela „maatla“ le tseo ditshwetso ya basadi ba dipabala. Gaborone 2006.  
ISBN 99912-993-6-X
- An Overview on Gender Budgeting. Bangkok 2006. In Thai. ISBN 974-88148-4-X

- Park, Myung-Sun: Alleinerziehende berufstätige Frauen. Ihre Unterstützung durch die Sozialpolitik. Seoul 2006. In Koreanisch.
- Plan de igualdad de oportunidades entre varones y mujeres. 2006 – 2008. Buenos Aires 2006.
- Plan municipal de igualdad de oportunidades y de trate entre varones y mujeres. 2005 – 2007. Rosario 2006.
- Politikvorschläge für eine gendergerechte Beschäftigungspolitik. Korea's Women Associations United. Seoul 2006. In Koreanisch.
- Rafee, Lina Abi: Gender study. Kabul 2006. In Dari.
- Seifert, Hartmut: Flexibility through working time accounts. Reconciling economic efficiency and individual time requirements. Electronic ed.: Düsseldorf 2004.  
[http://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_diskp\\_130.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_130.pdf)
- Steinbrück, Peer: Gender Budgeting. Grußwort und Statement des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück. Electronic ed.: Bonn 2006. <http://library.fes.de/pdf-files/kug/04273.pdf>
- Die Stellung von Arbeitnehmerinnen in Korea. Auswirkung und Grenzen des Gleichstellungsgesetzes. Hg. von Korea Women Link et al. Seoul 2006. In Koreanisch.
- Stiegler, Barbara: Mutter-Vater-Kinder-Los. Eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive. Bonn 2006. ISBN 3-89892-470-X <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03850.pdf>
- Strategic implementation framework on gender and development, 2006 – 2010. Hg. v. Southern African Development Community et al. Gaborone 2006. ISBN 999-12432-7-5
- Sudanese women ten years after Beijing. Hg. v. Shams Eddin Elamin Daw Albeyt. Khartoum 2006. Teilw. in Englisch und teilw. in Arabisch.
- Thoma, Gert W./Köhler, Anja: Vom Kampf um ein wenig Sicherheit. Die Rechte indonesischer Arbeiterinnen drohen zu Gunsten des Investitionsklimas geopfert zu werden. Electronic ed.: Bonn 2006.  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/50294.pdf>
- Verleihung des Menschenrechtspreises 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung an Maria Luisa Sepúlveda Edwards, Chile, und Dr. Salomón Lerner Febres, Peru. Bonn 2006 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/03617.pdf>
- Violencia y discriminación. Nuevos enfoques y desafíos. Hg. v. Susana Pérez Gallart et al. Buenos Aires 2006
- Vzaimodejstvie ženskich krizisnych centrov i policejskich kadrov Germanii. Dušanbe, Irfon 2006. In kyrillischer Schrift, ein Beitrag in Deutsch. ISBN 5-667-01485-0
- Women & Cross Border Trade in East Africa. Opportunities and Challenges for Small Scale Women Traders. The East African Community Customs Union. Nairobi 2006. ISBN 9966-957-64-2 <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/kenia/03712.pdf>
- Young, Brigitte: Globalisierung geschlechtergerecht gestalten. Electronic ed.: Bonn 2006.  
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50343.pdf>

## Dissertationen

### Von der FES geförderte Promotionsprojekte zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2006 (Auswahl)

#### Anglistik / Amerikanistik

Leila Rahimi Bahmany: The Image of the Modern Woman by Sylvia Plath and Forugh Farrokhzad.  
A Comparative Study

Yafa Shanneik: Transkulturalität, Transformationsprozesse und Genderforschung. Das Bild der arabisch-muslimischen Frau in der deutsch- und englischsprachigen interkulturellen Literatur

#### Arabistik

Hanane El Boussadani: Frauenbewegung und Eherecht im Königreich Marokko. Eine Studie über die Entwicklung des Frauenrechts seit der Unabhängigkeit

#### Architektur

Debjani Pal Chaudhuri: Frauenhäuser als Präventions- und Interventionsprojekte gegen familiäre Gewalt in benachteiligten Stadtquartieren in Deutschland und ihre Übertragbarkeit auf die Verhältnisse in Slumquartieren einer indischen Großstadt

#### Erziehungswissenschaften

Thomas Kleynen: Männlichkeit und Kunst. Der Zusammenhang zwischen Geschlechtervorstellungen und Fächerwahl

Nicole Napieralla: Elternschaft. Ressourcen zur Bewältigung des Alltages

#### Geschichte

Nicole Kramer: Frauen an der Heimatfront. Die NS-Kriegsgesellschaft in geschlechtergeschichtlicher Perspektive

Martin Lücke: „Markt, Macht, Männlichkeit“ – Mann-männliche Prostitution im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Christine Weiss: Der Beitrag US-amerikanischer First Ladies zur Imagebildung der Präsidenten im Wahlkampf, 1964-1996

Annika Wilmers: Die Friedensarbeit der internationalen Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg: Handlungsspielräume, politische Konzeptionen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen

## Medien

Natalia Romanova: Das Frauenbild in den Medien der 80er Jahre. Einfluss der sowjetischen Berichterstattung auf die Frauenpolitik der DDR

## Politik

Beyhan Sentürk: Kann man die deutsche und türkische Kopftuchdebatte miteinander vergleichen?  
Eine Analyse.

## Rechtswissenschaft

Nora Markard: Herausforderungen an die Flüchtlingskonvention. Neue Kriege und geschlechtsspezifische Verfolgung

Crescence Nga Beyeme: Das internationale Frauenrecht und seine Durchsetzung im Rahmen der Gesetzgebung afrikanischer Länder. Der Fall der Genitalverstümmelung

Judith Striek: Einbeziehung von Frauenrechten in Friedensabkommen

## Romanistik

Alice Julia Otto: Religiosität von Frauen als weiblicher Diskurs in den portugiesischen Cantigas des Mittelalters

## Soziologie

Alexandra Geisler: Gehandelte Romafrauen – zur Bedeutung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit Frauen der ethnischen Rromaminderheiten in Mittel- und Osteuropa

Matilde Heredia: Subjektkonstituierung von Frauen, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) in Gefangenschaft gelebt haben

Elena Stirbu: The advantages and disadvantages of circular labour migration from a gendered perspective. The case of Moldova

## AnsprechpartnerInnen

Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Kommunikation  
und Grundsatzfragen**  
Albrecht Koschützke  
presse@fes.de

Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Tel. ++49 (0)228/ 883-0  
Fax ++49 (0)228/ 883-432

Hiroshimastraße 17  
D-10785 Berlin  
Tel. ++49 (0)30/ 26935-6  
www.fes.de

### Politische Bildung

#### Politische Akademie

Brigitte Juchems  
Brigitte.Juchems@fes.de

Gisela Zierau  
Gisela.Zierau@fes.de

#### Gesellschaftspolitische Information

Ursula Clauditz  
Ursula.Clauditz@fes.de

#### Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft

Anne Seyfferth  
Anne.Seyfferth@fes.de

Anja Wehler-Schöck  
Anja.Wehler@fes.de

Stand: Mai 2007

### Internationale Arbeit

#### Internationaler Dialog

Judith Schwethelm  
Judith.Schwethelm@fes.de

#### Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Astrid Ritter-Weil  
Astrid.Ritter@fes.de

#### Afrika

Nicole Nestler  
Nicole.Nestler@fes.de

#### Asien

Dr. Rüdiger Pintar  
Ruediger.Pintar@fes.de

#### Lateinamerika

Kristina Birke  
Kristina.Birke@fes.de

#### Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika

Elisabeth Schumann-Braune  
Elisabeth.Schumann@fes.de

### Wissenschaftliche Arbeit

#### Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Barbara Stiegler  
Barbara.Stiegler@fes.de

#### Studienförderung

Christina Schildmann  
Christina.Schildmann@fes.de

#### AK Gender der FES-StipendiatInnen

Sabine Burch  
Sabine.Burch@fes.de

#### Historisches Forschungszentrum

Sozial- und Zeitgeschichte  
und Karl-Marx-Haus

Dr. Anja Kruke  
Anja.Kruke@fes.de

#### Archiv der sozialen Demokratie

Gabriele Lutterbeck  
Gabriele.Lutterbeck@fes.de

#### Bibliothek

Regine Schoch  
Regine.Schoch@fes.de





[www.fes.de](http://www.fes.de)

ISBN: 978-3-89892-679-9